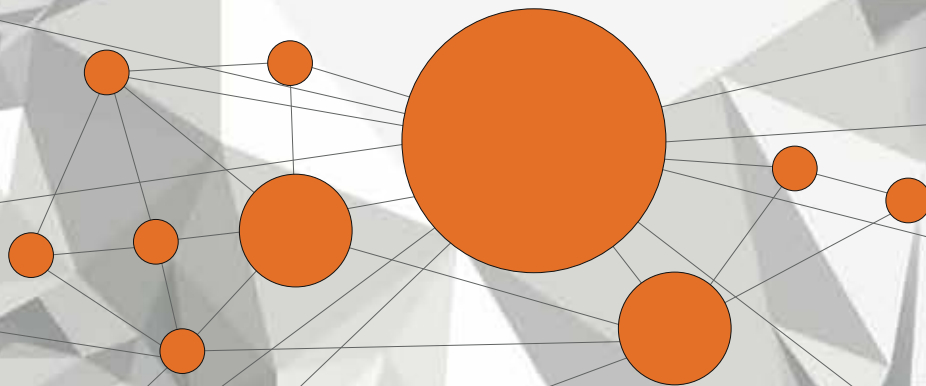


ADVOCACY



MUT

2

KOMPASS

Das Themenmagazin des Weltfriedensdienst e.V.

Aber wie?

Inhalt

IN AKTION



ZFD VOR ORT

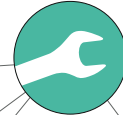
6 Sheku Kawusu Mansaray Das Ohr ist der Weg

12 Karoline Caesar Ein neues Zugferd

24 Annette Fingscheidt Schutz für MenschenrechtsschützerInnen

32 Cathy Kopp Anwältinnen für den Frieden

WERKZEUGE



WEB

Judith Orland
Online mehr
erreichen

KAMPAGNEN

16 Martin Zint Aus dem Scheitern lernen

21 Steffi Barisch Lebensfreude wirkt

23 Ulrike von Wiesenau Steter Tropfen

FILM

Marianne Gysae
Film ab!

FOTO

Christof Krackart
Bilderbrücke

AKTEURE



POLITIK

Dany Cohn-Bendit
„Du musst den
Schutzpanzer öffnen“

WISSENSCHAFT

Dr. Dieter Plehwe
Von den Kunst, Einfluss
zu nehmen

WIRTSCHAFT

Dr. Katrin Käufer und
KOMPASS-Redaktion
Global Alliance for
Banking on Values

INTERNATIONALES ROTES KREUZ

Nicolai Panke
Vertraulicher Dialog

POSITION



4 Hans Jörg Friedrich Von Advocacy bis Ziviler Friedensdienst

22 Katrin Miketta Im Fluss

35 Joachim C. Wehnelt und Doerthe Beer Ausblick



Weltfriedensdienst e.V.



Wie schaffen wir Gerechtigkeit?

Auf die zentrale Frage, die in Ländern der ganzen Welt gestellt wird, brauchen Friedensarbeiter heute neue Antworten. Eine davon ist Advocacy – Anwaltschaft für andere.

Multinationale Unternehmen expandieren in allen Erdteilen, europäische Handelsabkommen öffnen Afrikanern die Türen oder schließen sie, örtliche Initiativen werden durch Politik aus der Hauptstadt beeinflusst: Damit die Arbeit an der Basis nachhaltig erfolgreich ist, müssen Friedensakteure heute immer auch auf politische und gesellschaftliche Kräfte einwirken.

Advocacy – aber wie? Für die zweite Ausgabe des WFD-Themenmagazins haben wir Innen- und Außenperspektiven eingeholt und politische und wirtschaftliche Akteure befragt. Die Beiträge zeigen: Die Friedensarbeit ist gefordert. Es ist Zeit, aus den Erfahrungen zu lernen, andere Expertisen abzufragen und die vorhandenen Werkzeuge gezielt zu nutzen.

Medien aufmerksam machen, Politiker einbinden, mit Unternehmen zusammenarbeiten – das braucht Kreativität und Professionalität. Der neue Kompass möchte dafür Impulse setzen und ein Bewusstsein schaffen für die Chancen und Risiken, die in der Anwaltschaft für andere liegen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf eine Debatte, die weiter führt.



DAS PROJEKTTEAM (v.l.n.r.)
Joachim C. Wehnelt SiebenSinne.net,
Doerthe Beer Weltfriedensdienst e. V.,
Martin Zint Weltfriedensdienst e. V.



Ein künstlicher Kanal zur Bewässerung von Zuckerrohrplantagen in Äthiopien: Der Zugang zu Wasser wird für die Afar-Nomaden immer schwerer



Von Advocacy bis ziviler Friedensdienst

Ein ABC friedenspolitischer Erfahrungen des WFD und seiner Partner

A **Advocacy** [ˈædvəkəsi], von *advocare*, herbeirufen. (Wer hat uns gerufen? Wie? Wozu?)

B **Basisnähe** ist eine von mehreren möglichen Legitimationen für Advocacy, vielleicht die nächstliegende für den Zivilen Friedensdienst (ZFD): dauerhafte Arbeitszusammenhänge mit der einfachen Bevölkerung, in denen Partnerorganisationen und ZFD-Fachkräfte die Wirkung vorhandener und unterlassener Politik erfahren. → Mandat

C Die **Corporate Identity** einer basisnahen, operativen Nichtregierungsorganisation (NRO) geht nicht umstandslos einher mit Advocacy. Der Entschluss zur öffentlichen Selbstdarstellung als Artikulator ungehörter Bevölkerungsinteressen erfordert nicht nur eine Umgestaltung der Kommunikation mit den Zielgruppen (Interesse an deren Wollen statt deren Können), sondern wirkt auch auf die internen Strukturen und Umgangsformen zurück. (Wie passt das Leitbild der leisen Mediation zu Handlungsformaten der Advocacy?) → Respekt

E **Demokratie** erschöpft sich nicht in sporadischen Wahlen und einem Mehrparteiensystem. Auch legitime Regierungen haben nur ein hochgradig *allgemeines* Mandat einer Mehrheit. Ohne laufendes Feedback von unten zu den gesetzten Prioritäten und deren Auswirkungen entfernen sie sich rasch von den realen Problemlagen. Advocacy für *spezifische* Bevölkerungsanliegen ist daher ein notwendiges Element demokratischer Systeme. Wer Präsident werden will, um Bürgerrechte noch besser durchzusetzen (Guinea-Bissau), oder immer wieder bitter enttäuscht von „seiner“ Partei ist, wenn diese die Regierung stellt (Deutschland), überschätzt die Möglichkeiten von Teilsystemen und übersieht die Chancen von *checks and balances*.

G **Embedded Military**: Im Interesse der Deeskalation kann die Zivilgesellschaft auch Militärs und Polizisten „einbetten“, etwa in regelmäßig zusammentretende lokale Friedensforen in Unruheregionen wie in Guinea-Conakry (Kompass Ausgabe 1) oder den simbabwischen Eastern Highlands. Neben der vertrauensfördernden und „zivilisierenden“ Kraft des direkten Dialogs mit anderen Akteuren müssen sich die Sicherheitskräfte hier auch argumentativ mit Sichtweisen und Logiken der Zivilgesellschaft auseinandersetzen. Es ist schwierig, in solchen Kontexten Hardliner zu bleiben.

I **Fokusgruppen von Advocacy** sind nicht nur nationale Regierungen. Die Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung werden auch maßgeblich durch Kommunalverwaltungen, Katasterämter, örtliche Polizeistationen oder Militärstützpunkte, Unternehmen oder regionale Rebellenbewegungen beeinflusst. Beim Engagement gegen gewaltsame kulturelle Praktiken wie Genitalvermummelung können es sogar weite Teile der Bevölkerung sein.

K Advocacy braucht ein ansprechbares, konkretes **Gegenüber**. Manche Partner bauen dafür persönliche Beziehungen zu Schlüsselpersonen in Regierung und Parlament auf (Burundi S. 12). Andere arbeiten von vorneherein auf *beiden* Seiten und bemühen sich parallel um das Empowerment der Dorfbewölkerung und das demokratische Rollenverständnis der örtlichen Autoritäten (Angola). Das Augenmerk gilt nicht der Übermittlung der Botschaft an die andere Seite, sondern dem Aufbau von Beziehungsfähigkeit und beiderseits anerkannten Beziehungsformaten. → ZFD

M „**Hauptstadt-NRO**“ sind zwiespältige Akteure. Sie sind für Geber sichtbar, beherrschen deren Diskurs, vertreten oft nur wenige Einzelmitglieder und erhalten institutionelle Förderung. Oft treten sie mutig Übergriffen der Re-

gierung entgegen. Der Austausch mit Geberzentralen und TeilnehmerInnen hochrangiger Konferenzen ist intensiv, Beziehungen zur ärmeren Bevölkerung bestehen kaum. Solche gemeinnützigen Consultings erfüllen wichtige menschen- und bürgerrechtliche Funktionen, sind aber eher fachlich als sozial mandatiert und argumentieren mitunter, wie in der burundischen Debatte um Straflosigkeit, politisch korrekt an prioritären Bevölkerungsanliegen vorbei. Man kann vielfältig mit ihnen kooperieren, sollte sie jedoch nicht als Repräsentanten der *local people* ins Boot holen.

Interessen haben nicht nur die Bösen; das Eigeninteresse von Advocacy-Akteuren an sinnvoller Arbeit und anständigem Gehalt steht nicht in Widerspruch zur Anwaltschaft für Dritte. Inzwischen ist zivile Konfliktbearbeitung jedoch ein gefragtes Produkt auf dem internationalen Entwicklungsmarkt. Für NRO entsteht so die Versuchung, mitunter sogar das Geschäftsmodell, sich Zielgruppen als vorzeigbares soziales Kapital zu „halten“, um durch externe Finanzierungen Zutritt zur Konferenzkultur zu bekommen (Senegal, Mosambik). In der Folge versanden die Basiskontakte und werden durch Beziehungen zu Machtgruppen und Geldgebern ersetzt, die man eifersüchtig hütet. Die Proliferation solcher Kriegsgewinnler ist tödlich für transparente, konstruktive Friedensprozesse. → Basisnähe, Hauptstadt-NRO, Mandat, Verbündete

Die **Justiz** ist für Advocacy-Anliegen Teil des Problems und Teil der Lösung. Der WFD-Partner in Argentinien bedient sich im Interesse indigener Rechte an Boden und Wasser einstweiliger Verfügungen und Musterprozesse gegen Investoren; gleichzeitig bietet die weitreichende Verrechtlichung Blockadekräften schier unendliche Möglichkeiten, die Zuerkennung kollektiver Eigentumstitel bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag zu verzögern.

Kurze Wege zwischen Entscheidungsträgern und Bevölkerung sind ein wichtiges Kennzeichen basisnaher Advocacy. „Kurz“ kann bedeuten, dass derselbe NRO-Mitarbeiter im täglichen Kontakt zu Dorfbewohnern steht, aber auch häufig im politischen Raum agiert, also „zweisprachig“ ist. Kurz sind die Wege auch, wenn eine NRO geeignete Räume schafft, in denen sich Community-basierte Organisationen und Personen aus Machtgruppen konstruktiv austauschen und die daraus entstehenden Prozesse professionell nachhalten. Im Senegal haben sich an der Seite einer lokalen Partner-NRO fünf ökologische Bauernverbände entwickelt, die bei gewaltsamen Landkonflikten mit Großinvestoren Hand in Hand arbeiten – Informationen fließen schnell aus den Landgemeinden in das Hauptstadtbüro, das wiederum das Präsidentenbüro medienwirksam unter Druck setzt und über den WFD das sehr interessierte Bundesministerium für Landwirtschaft informiert, das seinerseits den Umsetzungsprozess der Freiwilligen Leitlinien der Landwirtschaftsorganisation der UN finanziert, aber keine Rückmeldung der Betroffenen erhält. → Basisnähe, Mandat, NRO

Lobbying macht man für die eigene Sache, Advocacy für Dritte; Lobbying rekurriert auf Partikularinteressen, Advocacy tendenziell auf mehrheitsfähige Anliegen. Das Konsortium, der Zusammenschluss der Träger im ZFD, unternimmt bislang mehr Lobbying fürs Budget des Gemeinschaftswerks als trägerübergreifende Advocacy.

Das **Mandat** für Advocacy kann im engeren Sinne demokratisch sein (Verbände und Netzwerke organisieren Bottom-up-Willensbildung zu bestimmten Themen), auf Fachlichkeit beruhen (ein kleiner Thinktank forscht wissenschaftlich zu spezifischen Problemlagen) oder auf exemplarischen Ar-



beitszusammenhängen mit Machtlosen. Überall lauern Gefahren der Selbstmandatierung: In mehrstufigen Verbänden können Eigeninteressen der Spitze die Anliegen der Mitglieder überformen, zwischen Fachleuten und Lebensrealitäten befinden sich die zahllosen WahrnehmungsfILTER des Wissenschaftsbetriebs, und da die Produkte der Friedensprogramme von deren Endabnehmern nicht gekauft werden, lässt sich trefflich an der Basis arbeiten, ohne diese je nach ihrer Meinung zu fragen. Riskant sind auch vereinnahmende sekundäre Mandatierungen durch Präsidenten und Regierungschefs, wie sie WFD-Partnern in Senegal und Guinea-Bissau angeboten wurden. → Basisnähe, Hauptstadt-NRO, NRO

NRO mit starken Geschäftsstellen und schwacher sozialer Trägerschaft können wirksamer klare Positionen formulieren und stringente Advocacystrategien entwickeln als Verbände mit ihrer Neigung zu bürokratischer Schwerfälligkeit oder Netze mit ihrer volatilen Arbeitsfähigkeit und verschlungenen Diskussionsprozessen. Den Einen fehlt ein Stück Legitimität, den Anderen die Zielorientierung. Die meisten Erfolge scheinen in allen drei Strukturen verbucht zu werden, wo die „Profis“ an der Spitze ein gutes Gespür und eine gute Motivation für Basisanliegen haben, ohne sich um formell abgesicherte Verfahrenslegitimität zu kümmern. → Kurze Wege, Mandat

Orte: Agenda- und Trendsetting für derzeit weithin unbeachtete Themen wie die zivile Konflikttransformation sind über Massenmedien kaum realisierbar. Wichtiger scheinen physische und virtuelle Orte, an denen sich die „Fachöffentlichkeit“ trifft – Entscheidungsträger, Leute aus der zweiten Reihe, Wissenschaftler, Praktiker verschiedener Ebenen. Hier werden neue Begriffe und Argumentationsmuster eingeführt, erprobt, bleiben ohne Resonanz oder werden nach einer nicht immer ganz durchschaubaren Logik → (*window of opportunity*) an anderen Orten wieder aufgegriffen. Dann entsteht ein Diskurs, der Eingang in politische Strukturen findet, dort Aufmerksamkeit bündelt und beträchtliche Ressourcen mobilisieren oder umlenken kann – etwa die Rede von den „fragilen Staaten“.

Ohne **Personalkapazitäten** ist strategische Advocacy nicht möglich. In ZFD-Projekten kann das vorgesehen werden. Schwieriger ist die Finanzierung bei deutschen Trägern, insbesondere den kleineren. Praktisch gar keine Möglichkeiten bestehen bislang auf Ebene des Gemeinschaftswerks ZFD, sieht man einmal von „Vorfeldinitiativen“ wie Öffentlichkeitsarbeit und (perspektivisch) Wissensmanagement ab. Der ZFD teilt dieses Charakteristikum mit seinen potenziellen Counterparts in Exekutive und Legislative (Ressortkreis/Beirat, Unterausschuss), die gleichfalls keinen unterstützenden „Unterbau“ haben, was die Möglichkeiten institutionalisierter Advocacy weiter eingrenzt. → trägerübergreifende Advocacy

Der **Quadrant** Mary B. Andersons (www.cdacollaborative.org) zur erfolgreichen Friedensarbeit – die strategische Verbindung der Arbeit mit Schlüsselakteuren und der einfachen Bevölkerung und davon ausgehend die Orientierung auf politisch-gesellschaftliche Strukturereformen – ist die prägnanteste Darstellung der Advocacymöglichkeiten im ZFD, ohne dass dieser Begriff bemüht wird. → Basisnähe, Gegenüber, *windows of opportunity*

Respekt: Nur mit Mühe konnte der burundische WFD-Partner seine Mitstreiter in der Advocacy-Gruppe zur Übergangsjustiz überzeugen, in seiner Eingabe an die parlamentarische Arbeitsgruppe auf Polemik zu verzichten. Hard on issues, soft on people: Wenn man ins Gespräch kommen will, sollte man das Gegenüber nicht von sich wegstoßen. In anderen Situationen der politischen Arbeit mag das „Skandalisieren“ durchaus geboten sein.

Studien sind wichtige Hilfsmittel der Advocacy; sie untermauern die Anliegen, verleihen ihnen Seriosität, können Zweifler und Skeptiker gewinnen, Diskussionen und Diskurse anstoßen. → (Orte) Nicht immer benötigt man dazu Thinktanks. Manche Katasterämter in Burundi bevorzugen bei der Klärung von Bodenrechtskonflikten systematisch rückkehrende Flüchtlinge und damit einer bestimmten Ethnie. Sie torpedieren damit die Arbeit von Friedenskomitees, die erfolgreich zwischen verschiedensten sich überkreuzenden Ansprüchen vermitteln; selbst die amtlich Begünstigten ziehen diese Kompro-

misse vor. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, ein auch für die Regierung relevanter Player mit Einfluss, evaluiert sein Programm und versucht, entsprechende Gerüchte zu verifizieren. Ein kommunales Friedenskomitee präsentiert in kürzester Zeit 60 Dokumentationen konfliktträchtiger einseitiger Entscheidungen.

Trägerübergreifende Advocacy in Deutschland unternimmt das Konsortium ZFD erst in bescheidenen Ansätzen. In der Tat ist konflikt-spezifische politische Arbeit besser bei den jeweils kompetenten Trägern und deren Partnern aufgehoben. In zwei Bereichen jedoch sollte sich das Konsortium oder auch das Gemeinschaftswerk engagieren: **Inhaltlich** für den Nachweis der Möglichkeit und politischen Relevanz gewaltfreier Konfliktbearbeitung (oft postuliert – selten öffentlichkeitswirksam dokumentiert) und ein entsprechendes außenpolitisches Leitbild, strukturell für kohärent agierende Ressorts, wirkungsorientierte Aktionspläne (UN 1325), ernsthaft eingebundene Beiräte, einen öffentlich wahrnehmbaren Beauftragten und einen Unterausschuss, der Schlussfolgerungen aus Anhörungen nachhalten und Studien in Auftrag geben kann. Eine natürliche Verbündete wäre hier die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Die **UN-Sicherheitsratsresolution 1325** steht für eine Reihe von Diskursen und Konzepten, die nicht unmittelbar wirken. Sie sind formal oft Appelle an Regierungen, faktisch aber ein Angebot an Advocacy-Organisationen, denen sie einen Teil des Agenda Setting abnehmen: Das Thema ist bei Schlüsselpersonen bereits verstanden, seine Bedeutung kann nicht mehr direkt angezweifelt werden und es gibt Zuständigkeiten in den Apparaten, die mitunter durch fachlich interessierte Personen wahrgenommen werden. → Orte, Verbündete

Verbündete: Wichtig für Advocacyarbeit ist die Wahrnehmung der Bindendifferenzierung mächtiger Institutionen, die stets eine Vielfalt von Interessenlagen beherbergen, darunter oft genug welche, an die Advocacy andocken kann. In Argentinien gibt es für Anliegen Indigener ein eigenes Amt sowie ein Umweltministerium, mit denen tagespolitische Koalitionen eingegangen werden können. Die Fassadendemokratie in Guinea-Conakry leistet sich als *window dressing* ein Menschenrechtsministerium mit einem engagierten Ressortchef. In Deutschland lassen sich über gemeinsame Themen Zugänge zu allen politischen Lagern finden, bis hin zur fraktionsübergreifenden Unterstützung der senegalesischen Frauenplattform. → (S. 32) Junge Abgeordnete oder solche mit neuen Zuständigkeiten sind noch interessiert an Kontakten und Informationen. Von Berlin bis Bissau verbreitet ist das Amt des wissenschaftlichen Mitarbeiters mit direktem Zugang zu wichtigen Abgeordneten oder Ministern.

Die Nutzung von **Windows of Opportunity**, wie sie z. B. im senegalesischen Präsidentschaftswahlkampf gelang → (S. 32), kann Advocacy-Anliegen unerwartet nah an „Machtzentren“ herantragen und einen wichtigen Schritt voranbringen. Das Ziel ist damit jedoch noch nicht erreicht. Solange diese Fenster offen sind, müssen sie deshalb genutzt werden, um Vorkehrungen für die Zeit zu treffen, in der sie sich wieder schließen: verbindliche öffentliche Verabredungen, Ausbau der Kontakte u.ä.

Der **Zivile Friedensdienst als Gemeinschaftswerk** zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure ist gut positioniert für Advocacy, weil er – über Träger, Partner und Fachkräfte – auf beiden Seiten berät: an der gesellschaftlichen Basis und in Regierungsinstitutionen. Diese Möglichkeiten sind nicht ausgeschöpft und sollten bei trägerübergreifenden Länderstrategien spezifisch ins Auge gefasst werden, aber auch in Deutschland. → trägerübergreifende Advocacy



Hans Jörg Friedrich ist Programmkoordinator beim WFD. Der Politikwissenschaftler ist Absolvent des DIE und Systemischer Berater (BIF)



Vor Ort



ZFD-Projekt

Das Ohr ist der Weg

Sierra Leone: SLADEA Partner von Brot für die Welt

Mit Hörspielen unterstützt SLADEA, die Sierra Leone Adult Education Association, den friedlichen Verlauf von Wahlen. Gute Unterhaltung wird dabei zu einem Instrument für Advocacy

Nach einem Jahrzehnt blutigen Bürgerkriegs; nach Wahlkämpfen, die oft von gewalttätigen Ausschreitungen mit Toten und Verletzten begleitet worden waren; nach demokratischen Abstimmungen, bei denen gefälschte Ergebnisse zur Tagesordnung gehörten, überraschte der Sprecher der Koalitions-Regierungspartei PMDC 2012 mit einem Satz: „Wenn wir etwas Ungewöhnliches sagen oder tun, das den Anschein von Gewalt erweckt, wird Konkorama das zum Thema machen und die internationale Gemeinschaft schaut auf uns.“

Konkoroma – hinter diesem Wort stecken Geschichten, die in Sierra Leone einiges bewegt haben. In einem Workshop für Erwachsenenbildung, an dem auch Entwicklungs- und FriedensjournalistInnen sowie KünstlerInnen teilgenommen hatten, war der Begriff aufgekommen. Er wird von den größten ethnischen Gruppen Sierra Leones verwandt, um einen inakzeptablen Status quo zu beschreiben. Als es nun bei dem Arbeitstreffen darum ging, wie das Land an der Westküste Afrikas durch Advocacy für friedliche und faire Wahlen zur Ruhe kommen kann, war der Titel dafür klar: „Konkoroma in elections“ (Konkoroma bei den Wahlen) sollte auf friedensgefährdende und gesetzwidrige Aktionen vor und hinter den Kulissen aufmerksam machen, um sie zu verurteilen und so Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Das Medium dafür war ebenso schnell klar. 60 Prozent der Menschen in der Küstenregion zwischen Liberia und Guinea können weder lesen noch schreiben. Deshalb gehört Radio zu den am häufigsten genutzten Medien im Land.

Worte als Werkzeuge: Wie erreichen sie die Menschen am besten, die sich nach Jahren der Militärherrschaft und Interimsregierungen langsam wieder ein friedliches Leben aufbauen wollen? In Zusammenarbeit mit Freetong Players International, einer inner- und außerhalb Sierra Leones für unterhaltsame und bildende Produktionen bekannten Performance-Gruppe sowie einem Kommunikationsberater wurde das Hörspiel als bestes Mittel dafür ausgewählt. Mit wahren Geschichten können Menschen am besten erreicht werden.

Für diese Hörspiele hat SLADEA als Träger des Projekts zahlreiche Ereignisse rund um die Wahlen aus dem ganzen Land gesammelt. Da SLADEA eine nationale Organisation mit Mitgliedern aus allen Landesteilen ist, konnte sie auf die Erfahrungen von Menschen aus Gemeinden im gesamten Land zurückgreifen

und sie in den einzelnen Episoden von Konkorama informativ verarbeiten. Die Themen und Geschichten waren so zahlreich und lebensnah, dass es dem Direktor schwerfiel, die Inhalte für die 35 Sendungen auszuwählen.

Einer der Berichte kam aus einer Küstengemeinde. Einige Bewohner wandten sich nach der Wahl an ihren Bürgermeister, weil große Fischereischiffe in küstennahen Gewässern fischen, für die sie keine Genehmigung haben, und dabei die Netze der lokalen Fischer zerstören. Der Bürgermeister weigerte sich, auf die Beschwerden einzugehen, weil die Wortführer nicht seiner Partei angehörten und ihn nicht gewählt hatten. Die Ankläger kehrten zurück und schworen sich, den Bürgermeister mit allen Mitteln abzusetzen.

Dieses Beispiel macht eine der Ursachen für die Spannungen und Konflikte bei anstehenden Wahlen deutlich. Wenn eine Partei verliert, dann verliert sie total („winner takes it all“-Prinzip). Konkorama versuchte mit Hilfe solcher Geschichten die Gründe aufzuzeigen und zu diskutieren, warum die Parteien und ihre Anhänger bei den

Hintergrund

SLADEA ist eine nationale Organisation, deren Mitglieder in ganz Sierra Leone aktiv sind. Die Organisation hat über 600 aktive Mitglieder, die in der Erwachsenenbildung tätig sind und sich dafür engagieren, das Leben von Erwachsenen und Jugendlichen, die ihre Schulausbildung beendet haben, durch Bildungsprogramme zu verbessern. Als langjähriger Partner des ehemaligen Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) hat SLADEA von der personellen und finanziellen Kooperation im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) profitiert, der seit 2002 lokale Initiativen zur Friedenskonsolidierung unterstützt. Das Tätigkeitsfeld ist breit: von der Vermittlung pädagogischer Kenntnisse an LehrerInnen aus der Erwachsenenbildung in einem Nachkriegskontext über die Einführung in gewaltfreie Wege des Zusammenlebens bis hin zu unterstützenden Maßnahmen bei der Integration von Opfern und Tätern des Krieges in neue und alte Gemeinden.

Wahlen bis zum Äußersten gehen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass unter der vorherigen Regierung alle Aufträge für Dienstleistungen von staatlicher Seite an Mitglieder der Regierungspartei gingen. Hörspiele mit diesen Themen wurden während des gesamten Wahlprozesses ausgestrahlt, angefangen mit der Registrierung der Parteien und der Wählerregistrierung über die Nominierung der Kandidaten bis hin zum Wahltag, der Veröffentlichung der Ergebnisse und den ersten Wochen nach der Wahl.

WIE EINE SENDUNG ENTSTEHT

Jede Episode dauert 15 Minuten und wird von einem Moderator eingeleitet, der kurz den Hintergrund des Hörspielthemas erläutert und die Zuhörer dazu einlädt, an der anschließenden Live-Diskussion teilzunehmen: „Dieses Hörspiel ist eine Initiative von drei bekannten lokalen Partnern in der Friedensarbeit, Culture Radio, Freetong Players und SLADEA, die mit dem Zivilen Friedensdienst aus Deutschland zusammenarbeiten. Alle diese Organisationen und ihre Partner aus Übersee haben während und nach dem Bürgerkrieg in Sierra Leone und Liberia durch ihre informativen und unterhaltsamen Programme zum Aufbau des Friedens in Sierra Leone beigetragen. Sie sind bekannt für ihre unvoreingenommene und unabhängige Position zum Thema Frieden und Entwicklung in der Mano-River-Region. Wenn ihr euch einen Moment Zeit nehmt und uns zuhört, könnt ihr eure Sichtweise verändern und etwas Neues über friedliches Zusammenleben insbesondere im Wahljahr lernen. Ihr könnt nichts verlieren, aber alles gewinnen, wenn ihr zuhört und euch beteiligt! Vergesst nicht, ein friedliches 2012 fängt mit euch an!“

Anschließend teilt der Moderator den Zuhörern die Telefonnummer mit, über die sie an der Diskussion teilnehmen können. Nach der Ausstrahlung der Episode leitet ein Mitarbeiter aus der Erwachsenenbildung oder der Friedensarbeit ca. fünf Minuten in die Diskussion ein. In den folgenden 40 Minuten können dann interessierte ZuhörerInnen anrufen und sich so aktiv an der Diskussion zum Thema beteiligen. Das einstündige Programm wird aufgezeichnet und später wiederholt.

Insgesamt 14 lokale Radiostationen aus dem ganzen Land sind eine Partnerschaft mit SLADEA



eingegangen, strahlten alle 35 Episoden aus und nahmen die anschließenden Diskussionen und Anruferbeiträge auf. Auf diesem Wege wurde eine nationale Bewegung in Gang gesetzt. Nach der Ausstrahlung gingen die Aufnahmen an das SLADEA-Sekretariat zurück, wo die Beiträge analysiert und evaluiert werden.

Das größte Risiko bestand in der Interpretation der in den Sendungen verhandelten Geschehnisse durch die Zuhörer und Zuhörerinnen. Unser Dank gilt der Expertise und Erfahrung der Radiomoderatoren, die bewusst, aber taktvoll Spannungen entschärften, die zwischen Zuhörern entstanden.

Vor der Ausstrahlung hörte sich die Leitung der jeweiligen SLADEA-Zweigstelle (eine Gruppe von fünf bis sieben Personen) die Episode an und wog zusammen mit dem Management des Radiosenders die Stimmung in der Gemeinde ab, um festzustellen, ob die Episode zu diesem Zeitpunkt angemessen war. Dafür analysierte das Team vor Ort täglich die Situation und den Kontext, in dem die Sendung ausgestrahlt wurde. In den Stunden vor der Sendung erklärten die Ansager die Ziele der Konkorama-Free-Election-Kampagne und weckten das Interesse des Publikums. Wenn es dennoch zu Problemen kam, z.B. durch Fehlinterpretationen der Episode, konnten die Moderatoren die Sendung jederzeit abbrechen und auf andere Episoden zurückgreifen.

Die Regierungspartei sah das Projekt Konkorama zunächst als eine Initiative der Opposition, die ihre Chancen auf eine zweite Amtszeit verringern könnte. Diese Vorbehalte konnten jedoch durch die Neutralität und Objektivität der Berichte abgebaut werden, und das Projekt stieß zu guter Letzt bei der Regierung und der Opposition auf Akzeptanz. Die Moderatoren griffen aus diesem Grund auch in die Diskussionen ein und unterbrachen AnruferInnen, die den öffentlichen Raum nutzten, um bestimmte Personen zu attackieren oder für ihre Partei zu werben, statt auf die Inhalte der Sendung einzugehen.





LESSONS LEARNT

- Eine gewissenhafte Zusammenarbeit in einem Netzwerk ist notwendig – SLADEA, Freetong Players International und Culture Radio.
- Da in den Sendungen lokale Sprachen verwendet wurden, konnte ein sehr breites Bevölkerungsspektrum erreicht und zu Teilnahme und Feedback animiert werden.
- Eine gute Kooperation mit dem Management der lokale Radiosender ist entscheidend. Sie unterbrechen ihr normales Programm, um Konkorama zu präsentieren.
- Die Zusammenarbeit mit mehreren Radiosendern und die Auswertung mehrerer Sendungen in der Woche erforderte ein großes Engagement unserer Mitglieder im ganzen Land und des nationalen Sekretariats. Durch diese Arbeit war SLADEA aber immer auf dem aktuellsten Stand rund um die Wahl. Ein gutes Netzwerk ist wichtig.
- Zu vermeiden wären in Zukunft die Probleme, die dadurch entstehen, wenn zu parteiliche ModeratorInnen und DiskussionsteilnehmerInnen zu den Sendungen eingeladen werden.

Die Wirkung der Hörspiele war bemerkenswert. Mehr als 60 Prozent der Anrufer meinten, dass Konkorama maßgeblich für den friedlichen Verlauf der Wahl mitverantwortlich sei. So gab auch Musa Tamba Sam, der Öffentlichkeitssekretär der Oppositionspartei SLPP, seinen Anhängern zu verstehen: „Wir wollen nicht, dass unsere Partei Thema in der nächsten Episode von Konkorama wird.“

Das Wunderbare an Konkorama als Mittel der Interessenvertretung ist, dass diese Form von Advocacy auch für andere Kampagnen adaptiert werden kann, z. B. in Bezug auf qualitativ bessere Erziehung und Bildung, öffentliche Gesundheit und Hygiene, Korruption, Bildung von Mädchen, religiöse Toleranz oder Analphabetentum.



Shecku Kawusu Mansaray September 1996 bis März 2013 Executive Secretary of Sierra Leone Adult Education Association (SLADEA)

Bilderbrücke

Christof Krackhardt nutzt seine Kamera als Werkzeug für Advocacy

Arbeiterinnen und Arbeiter, die für einen Hungerlohn Tee und Kaffee pflücken, oder Saisonarbeiter, die ähnlich wie Sklaven Zuckerrohr ernten: Die Frage stellt sich immer wieder neu – wo kann ich mich wirklich engagieren, wirklich dazu beitragen, eine andere Welt mitzugestalten?

Advocacy heißt für mich vor allem, durch Fotos etwas ändern, bei uns, bei mir, in den Köpfen – und sich einzumischen. Das ermöglicht ein Lernen, die Welt mit anderen Augen zu sehen, die Perspektive zu wechseln und Verständnis und Mitgefühl zu wecken für die Lebenssituation von Anderen. Diese Gedanken begleiten mich auf meinen Reisen in viele Länder mit der Kamera in der Hand.

Meine Arbeit finanziere ich oft durch Mischkalkulationen. Es gibt honorierte Auftragsarbeiten, die ich oft mit freien Projekten verknüpfe, die mir sehr am Herzen liegen.

Ein gutes Beispiel für die Verbindung zwischen Auftragsarbeit und freier Reportage ist die Problematik der Nomaden in der Afar-Region. Hier habe ich über Jahre hinweg immer wieder Äthiopien-Reportagen für Hilfsorganisationen gemacht, vor allem für „Brot für die Welt“, oder nutzte Reportagen zum Fairen Handel (Kaffee) dazu, auch die Afar-Region zu besuchen. Diese Reportagen entstanden nach Vollendung des eigentlichen Auftrages und auf eigene Kosten. Auf beiden Ebenen entstehen Geschichten, die ich von einer in die andere Welt bringe: einmal im Rahmen einer Kampagne als Mittler, um der Kampagne ein Gesicht zu verleihen, zum Anderen, um auf Dinge aufmerksam zu machen, die außerhalb größerer Kampagnen liegen. In der Afar-Region war das vor allem die große Landnahme durch exzessiven Zuckermanbau. Mehr als 30.000 Hektar Fläche werden den Nomaden genommen, ihre Kultur und Lebensweise wird bedroht, die letzten großen Wasservorkommen werden für den Zuckermanbau, für unseren Hunger nach Energie in Europa verbraucht.

Meine Bilder sollen nicht entmutigen – im Gegenteil: Sie sollen auffordern, etwas zu tun, Anteil zu nehmen, mitzuerleben – auch die eigene Existenz zu hinterfragen. Was hat mein Leben, was habe ich mit dieser Situation und diesen Menschen gemeinsam, wo gibt es Zusammenhänge, Verbindungen? Die Fotos stellen Fragen: Was für ein Leben führe ich selbst, ist das das Leben, das ich will und für richtig halte? Wir brauchen andere Bilder – eine andere Bildung, andere Maßstäbe. Fotos können die Seele berühren und uns öffnen, auf andere Gedanken bringen. Vielleicht auch zum Weinen. Ich beobachte manchmal, dass Menschen beim Betrachten meiner Bilder sehr nachdenklich werden, manchem rollen auch ein paar Tränen. Dieses Mitfühlen, Mitleiden, sich bewusst Werden – es kann ein Schritt sein, etwas zu verändern in der Welt.



Christof Krackhardt arbeitet seit 1984 als freier Fotograf u. a. für „Brot für die Welt“, „Diakonie Katastrophenhilfe“, Zertifizierer und Unternehmen im Fairen Handel, die „Biofach“ Nürnberg



„Du musst den Schutzpanzer öffnen“

1968 kämpfte Dany Cohn-Bendit in Paris für gesellschaftliche Freiheit. Heute leitet er als Ko-Vorsitzender die Grünen im Europäischen Parlament. Der Politiker über Solidarität und gute Wege, Anwalt für andere zu sein



KOMPASS: Als Ko-Vorsitzender der Grünen im Europäischen Parlament gehören Sie einer Partei an, die als erste Advocacy-Partei gesehen werden kann – für die Umwelt. Wie haben es die Grünen in den 80er-Jahren geschafft, mit ihrem Ansatz erfolgreich zu sein?

DANY COHN-BENDIT: Die Grundlage lieferte die Anti-Atom-Bewegung. Sie spitzte ihre Forderungen gesellschaftlich zu mit Slogans wie: Wir schneiden die Äste ab, auf denen wir sitzen. Dann kamen Ereignisse wie Tschernobyl, die eine Riesenangst geschaffen haben. Diese gesellschaftlichen Strömungen waren die Basis für unsere Politik, die Jahre später dazu führte, dass sich die SPD kritisch zur Atomfrage äußerte und die Mehrheit der Deutschen heute sagt: Wir müssen damit aufhören.

KOMPASS: Die gesellschaftlichen und politischen Bewegungen haben sich also gegenseitig verstärkt.

DANY COHN-BENDIT: Du kriegst eine Mehrheit in der Gesellschaft in einem politischen Prozess, der ein Zusammenspiel aus gesellschaftlicher Mobilisierung und politischer Zuspitzung ist. In Wahlen zeigt sich dann, welche Kräfte am stärksten sind.

KOMPASS: Die Zuspitzung entstand auch durch die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima. Brauchen wir für gute Advocacy Skandale?

DANY COHN-BENDIT: Skandale beschleunigen etwas, das zu leugnen wäre falsch. Die Friedensbewegung funktioniert auch

mit Bildern des Krieges. Die Anti-Vietnam-Bewegung ist nicht zu verstehen, ohne dass die amerikanischen Medien gezeigt hätten, wie der Krieg aussieht. Eine politische Bewegung, die ein Umdenken verlangt, muss ja die Menschen herausfordern mit der Realität, also: Das läuft schief, das läuft schlecht.

KOMPASS: ... es muss also fassbar sein.

DANY COHN-BENDIT: Ja, denn dann wirst du mehrheitsfähig in der Gesellschaft. Doch es gibt immer nationale Unterschiede. In Frankreich ist weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung für Atomkraft, trotz Tschernobyl, trotz Fukushima. Nur die Tatsache, dass etwas passiert, genügt nicht. Die Deutschen haben beispielsweise ein anderes Verhältnis zur Natur.

KOMPASS: Die Wurzeln dafür liegen schon im Zeitalter der deutschen Romantik: Zurück zur Natur!

DANY COHN-BENDIT: Die Franzosen sind dagegen sehr betroffen, was die Nahrungskrise angeht. Für sie ist das Essen etwas ganz Wichtiges. Dort wird das Thema der Agrarwirtschaft deshalb anders diskutiert.

KOMPASS: Man muss Advocacy-Kampagnen also sehr auf den nationalen Kontext abstimmen ...

DANY COHN-BENDIT: ... sonst trifft man die Menschen dort nicht.

KOMPASS: In Europa nehmen es Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit starken Interessenverbänden auf, die dagegen arbeiten – egal ob bei Ernährung, Umwelt oder Friedenspolitik. Was muss geschehen, damit die Macht von Lobbyisten nicht überhandnimmt?

DANY COHN-BENDIT: Auch Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften machen Lobbyarbeit und versuchen zu beeinflussen. Das ist auch für die Wirtschaft legitim. Wichtig ist aber, dass Lobbyismus transparent sein muss. Man muss wissen: Was machen die, mit wem treffen die sich, welche Gelder fließen?

KOMPASS: Beim zivilgesellschaftlichen Engagement geht es oft um das Verhältnis Europas zu Afrika. Wie können wir durch Kampagnen solidarischer mit den Menschen dort werden?

DANY COHN-BENDIT: Das ist eine der schwierigsten Fragen. Du kannst das an der ganzen Einwanderungspolitik sehen, wenn Menschen sagen: „Wir können doch nicht die Probleme der ganzen Welt lösen!“ Das ist ja auch kein völlig dummes Ar-

gument, die Welt muss ja auch lebbar sein in Afrika. Gleichzeitig entsteht da eine ideologische Härte in den Gesellschaften und in bestimmten Momenten ist dann Wegschauen die Rettung. Die Menschen wollen das nicht sehen, wie viele Menschen im Mittelmeer ersaufen, die Bilder werden ja zum Teil sogar gezeigt! Trotzdem schaust du weg, denn du hast keine Lösung.

KOMPASS: *Wie können NGOs dieses Dilemma lösen?*

DANY COHN-BENDIT: Nur moralisch zu argumentieren, damit kannst du eine Sekunde jemanden zum Schweigen bringen, aber im Grunde setzt du keine Bewusstseinsänderung in Gang. Du musst eine plausible Lösung finden und zeigen: Diesen Weg können wir gemeinsam gehen.

KOMPASS: *Wenn Menschen aus und in Afrika aktiv werden wollen und ein Projekt starten zur Agrarpolitik oder für Menschenrechte: Was müssen sie tun, damit sie von Politikern in Brüssel gehört werden?*

DANY COHN-BENDIT: Es funktioniert, indem sie eine Brücke schlagen zu politischen Parteien oder Nichtregierungsorganisationen hierzulande. Sie brauchen Verbündete in Europa.

KOMPASS: *Wo liegt Ihrer Ansicht nach dabei die Rolle einer NGO wie dem Weltfriedensdienst?*

DANY COHN-BENDIT: Die liegt darin, klarzumachen, wie die Dinge miteinander verknüpft sind.

KOMPASS: *Was ist dabei der beste Weg?*

DANY COHN-BENDIT: Da gibt's keinen Königsweg, aber es sind die Organisationen wie der WFD, die diese Brücke schaffen. Die gesellschaftliche Funktion dieser Organisationen ist im Grunde genommen, die Auseinandersetzung bei uns zu provozieren.

KOMPASS: *Der Weltfriedensdienst arbeitet dabei zunehmend mit internationalen Partnern an Advocacy-Themen und versucht, deren Anliegen hier zu Gehör zu bringen. Was sind gute Voraussetzungen für ein Gelingen dieses Anliegens?*

DANY COHN-BENDIT: Ich halte es für wichtig, die Menschen aus anderen Ländern hierher zu bringen. Dann sind sie spürbar und können erzählen, wie die Realität für sie ist, wie sie zum Beispiel arbeiten und produzieren. Dadurch können wir in dieser Gesellschaft ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Initiativen wie Fair Trade schaffen.

KOMPASS: *Was ist ein weiterer guter Weg?*

DANY COHN-BENDIT: Einen Film zu zeigen ist eine weitere gute Option. Eine Dokumentation kann sichtbar machen, was für ein Leben hinter einem Menschen steht – wie anders es ist. Damit kannst du Menschen berühren. Mehr noch: Mit der Berührung muss ein Denkprozess einsetzen. Das muss man allerdings wirklich gut machen. Es reicht nicht zu sagen: Dort drüben ist es schrecklich. Die Organisationen müssen einen Weg finden, der herausfordert und bei den Menschen etwas auslöst.

Du musst einen Punkt treffen. Wir haben ja Panzer – Schutzpanzer, – und du musst den Schlüssel finden, um den Panzer zu öffnen. Wenn in diesem Moment jemand einen Weg aufzeigt, wie es auch anders gehen kann, wird Veränderung möglich.

KOMPASS: *Welches zivilgesellschaftliche Engagement hat Sie in jüngster Zeit beeindruckt?*

DANY COHN-BENDIT: Als ich mit meiner Frau durch Israel reiste, waren wir beeindruckt von dem zivilen gesellschaftlichen Engagement mit palästinensischen Gruppen dort. Ähnliche Initiativen gibt es natürlich auch auf palästinensischer Seite. Das hat mich beeindruckt. Denn beide Seiten haben das Problem, die Panzerungen der jeweiligen Gesellschaften durchbrechen zu müssen. Dabei gibt es unfassbare Menschen, die das mit ganzem Herzen machen – wie die ehemaligen Soldaten in besetzten Gebieten, die das Projekt „Breaking the Silence“ gegründet haben und in Stadtführungen durch Hebron über das Unrecht berichten, das durch die israelische Armee begangen wird.

KOMPASS: *An welchem Punkt bekommen Sie das Gefühl, dass Sie politisch eingreifen müssen?*

DANY COHN-BENDIT: Ich bin der festen Überzeugung, dass für viele Leute der emotional größte Konflikt der zwischen Israel und den Palästinensern ist. Zudem kann ich aufgrund meiner Geschichte sagen, warum ich das für wichtig halte ...

KOMPASS: *... Sie wurden als Kind jüdischer Eltern geboren, die vor den Nazis aus Deutschland fliehen mussten.*

DANY COHN-BENDIT: Ich halte es für wichtig, in Israel mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu arbeiten, damit es eine Chance auf Frieden gibt – auch wenn es sehr schwierig ist, dass diese beiden Staaten zueinander finden oder dass der zweite eben erst einmal geschaffen wird. Und dann mache ich mich zum Anwalt einer bestimmten Position: Ich bin für das Intervenieren in beiden Gesellschaften, um auf Frieden hinzuwirken. Deshalb habe ich eine Gruppe mitgegründet – J-Call –, in der Juden auf eine Zwei-Staaten-Lösung drängen.

KOMPASS: *Sie kandidieren nicht mehr für das Europaparlament. Können Sie sich ein zivilgesellschaftliches Engagement vorstellen?*

DANY COHN-BENDIT: Das kann ich mir gut vorstellen. Ich möchte Anwalt für die Themen bleiben, die mir wichtig sind.

KOMPASS: *Herzlichen Dank für das Gespräch.*

Das Gespräch führten Doerthe Beer und Joachim C. Wehnelt.



Dany Cohn-Bendit, Publizist und Politiker, ist Ko-Vorsitzender der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament



Vor Ort



ZFD-Projekt

Ein neues Zugpferd

Burundi: MI-PAREC Partner des Weltfriedensdienst

Was in Burundi mit einem Pionierprojekt begann, wurde zu einer langfristigen Strategie. Die Friedensinitiative zeigt: Advocacy kann helfen, die eigene Organisation weiterzuentwickeln

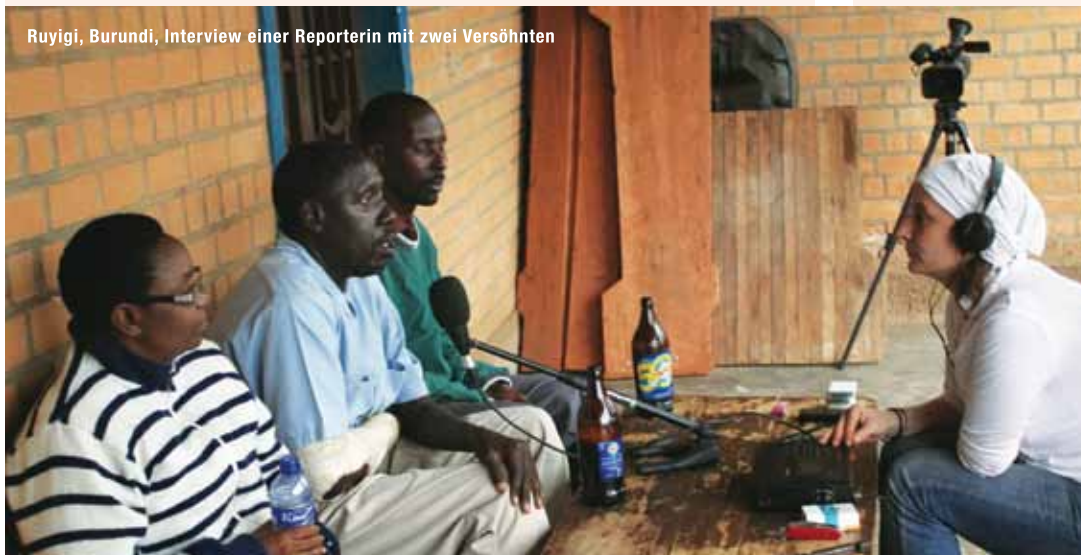
Mitten in den Wirren des burundischen Bürgerkriegs (1993 – 2006) organisierte eine Gruppe amerikanischer Quäker ein Treffen von jungen Burundern miteinander verfeindeten Ethnien. Nach dem Training widerstanden diese Burunder der Forderung, die jeweils andere ethnische Gruppe zu bekämpfen. Sie begannen, die Menschen in ihren Nachbargemeinden über die Konflikte aufzuklären, die dem Krieg zugrunde lagen und sie miteinander zu versöhnen. Aus dieser Pionierarbeit entstand die Organisation MI-PAREC – Ministère Paix et Réconciliation sous la Croix. Die akute Situation in Burundi entspannte sich – gleichzeitig tauchten neue Probleme auf: Korruption und schlechte Regierungsführung; Randgruppen wie demobilisierte Soldaten und Ex-Rebellen oder politische Akteure; dysfunktionale, unterfinanzierte Infrastrukturen; große Bedürftigkeit der traumatisierten und ständig wachsenden Bevölkerung. Es wurde klar: Wenn während des Wiederaufbaus nicht die Weichen für Reformen gestellt werden, kann der Kernkonflikt „Konkurrenz um Ressourcen“ in

dem armen, am drittdichtesten bevölkerten Land Afrikas jederzeit reaktiviert werden. An diesem Punkt zeigte sich, dass es nötig wurde, langfristige Advocacy-Maßnahmen zu entwickeln.

MI-PAREC verfügte einerseits aufgrund der langjährigen Erfahrung mit Mediation und dem Aufbau von Friedensstrukturen (Friedenskomitees) über wichtige Schlüsselkompetenzen, um die gewaltfördernden Strukturen auf nationaler Ebene zu beeinflussen, andererseits fehlte der Organisation eben auf dem Graswurzelniveau der Zugang zu den Diskussionsforen in der Hauptstadt. Es mangelte an Dokumentation und Konzeptionalisierung der Initiativen, es mangelte an Strategien, PR-Kundigkeit und Infrastruktur. Um MI-PAREC den gewünschten und notwendigen Sprung auf die nationale Ebene zu ermöglichen, schlug der WFD, der seit 2005 Partner ist, vor, ein Verbindungsbüro in der Hauptstadt zu eröffnen mit dem Auftrag, eine neue Struktur aufzubauen – für Kommunikation, Dokumentation, Recherche, Advocacy und Vernetzung. Das Angebot wurde angenommen. Für die Entwicklung des Projektpartners war das ein Quantensprung.

Im Hauptstadtbüro begannen Anfang 2010 ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Partners, ein Berater (WFD-Kooperant) und eine Sekretärin mit der Arbeit. In der ersten Phase begannen sie eine Dokumentationsreihe über die Friedenskomitees an der Basis, formulierten eine Definition

von „Friedenskomitee“ und organisierten erste PR-wirksame Veranstaltungen, um MI-PAREC bekannt zu machen. In einem zweiten Schritt vernetzten sich die Mitarbeiter mit der zivilgesellschaftlichen Lobbygruppe zur Übergangsgerechtigkeit und organisierten zwei Workshops mit einer kleinen Gruppe von Parlamentariern, einem Gouverneur sowie den Friedens-



Ruyigi, Burundi, Interview einer Reporterin mit zwei Versöhnten



LESSONS LEARNT

- Stark prozessorientiert arbeiten heißt, allmählich eine Sprache der Dokumentation zu entwickeln, die dem Thema und der Organisation gerecht wird.
- Auf Organisationsentwicklung und punktuell inhaltliche Vertiefung sowie mehr Kapazitätenaufbau und weniger Implementieren durch die Fachkraft setzen. Dazu hat sich das Büro ein Kommunikationsteam aus allen Bereichen der Organisation und der Friedenskomitees zur Seite gestellt, und engagiert sich vor allem im Capacity Building, um Breitenwirkung zu erzielen.
- An Land und Kultur angepasst Strategien entwickeln: sanfte Diplomatie, leise Aktionen, Initiativen zum Dialog, gründliche Recherchen, Gerüchteresistenz. In dem noch sehr gespaltenen Land, in dem Gerüchte im Bürgerkrieg zu Massakern führten, hat MI-PAREC sich entschieden, Gespräche, Recherchen, doppeltes Nachprüfen von Informationen und diplomatisches Auftreten auch bei Kritik zu priorisieren.
- Bei konkreten Anliegen beginnen, dem Advocacy-Zyklus folgen, wissend, dass dieser sehr viel länger dauern und öfter unterbrochen werden kann. Der Advocacy-Zyklus stellt langfristig geplante, stringent durchgeführte, strategische und evaluierte Aktionen dar.
- Wiederholte Abgrenzung, Verortung, Besinnung auf die organisationseigenen Werte und Darstellung seiner Position unabhängig vom Mainstream, denn die gut recherchierte, etwas theoretischere Position der Zivilgesellschaft in der Hauptstadt stimmt nicht immer mit den oft auch emotionalen Erfahrungen im Feld überein, wo Einzelfälle das Stimmungsbild in der Bevölkerung und somit ihre Bedürfnisse und Einschätzungen stark beeinflussen können.
- Das Wechselspiel von Allianzen und Interessen verschiedener Gruppen muss ausbalanciert werden. Man sollte immer mehrere Partner haben, gemeinsam agieren.
- Respektvoller Umgang mit Autoritäten, sie informieren, einbeziehen, mit ihnen kommunizieren.
- Regelmäßige Selbstreflexion, um sich selbst als Akteur im Konfliktkontext konfliktensibel wahrzunehmen und daraufhin die Position immer wieder zu untersuchen.
- Wissenstransfer durch Austausch mit dem Nachbarland und Lernen von ähnlichen Beispielen.

komitees zum selben Thema. Seit Ende 2011 ist viel passiert. Inzwischen ist die Lokalgeschichte am Beispiel von zwölf Friedenskomitees dokumentiert. Die Reihe wurde in Bujumbura vorgestellt. Dabei wurde die in der Hauptstadt bekannte, grob vereinfachte Idee von Versöhnung als Vergebung grundlegend ergänzt: um die Komponenten der Trauma-Arbeit, das öffentliche Geständnis der Wahrheit, Reparationen, Mediation der Konflikte, kulturelle Aktivitäten zur Stärkung der Gemeinschaft und sozio-ökonomische Hilfe.

Eine weitere Advocacy-Aktion war ein Training der bereits miteinander versöhnten Menschen an der Basis und Mitgliedern der Kommunalverwaltung zum Thema Übergangsgerechtigkeit. Die Mitarbeiter stellen ihre Ergebnisse und Erfahrungen MI-PARECs in zahlreichen Präsentationen, Radiosendungen und mehreren Publikationen in Burundi und im Ausland vor. Zudem versuchten sie, die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs zur Wahrheitskommission zu

beeinflussen: Dazu nahmen sie an mehreren zivilgesellschaftlichen Foren teil, die jeweils Empfehlungen formulierten, und regten an, eine Position MI-PARECs zu den Fragen der Übergangsgerechtigkeit zu erarbeiten. Außerdem wurden Quäker-Politiker im Parlament als Kontaktpersonen genutzt, um Zugang zur Legislative zu erhalten und die Empfehlungen bei einem Besuch vorzustellen.

Dabei ging es MI-PAREC darum, dass die bereits erfolgten lokalen Versöhnungsinitiativen vor Einsetzen der Wahrheitskommission kartiert würden und die miteinander versöhnten Menschen die Wahl hätten, ob sie noch einmal vor einer Kommission aussagen wollten oder nicht. Mittlerweile hat das Büro im Bereich Landkonflikte mit einer Recherche und einem Mediationsgespräch zwischen Schlüsselakteuren auf Provinzebene eine weitere Advocacy-Aktion begonnen.

WIE DAS KONZEPT UMGESETZT WURDE

Das Team in der Hauptstadt definierte das Mandat des Büros und eine genaue Rollenverteilung aller Beteiligten (Büro, MI-PAREC, WFD-Projekt), erstellte eine Strategie für die Zielrichtung der Aktivitäten des Büros, also Kommunikation, Vernetzung und Advocacy im Bereich Übergangsgerechtigkeit und im Bereich Landkonflikte sowie die Rollenverteilungen und Verantwortlichkeiten. Die Strategie bezog auch andere MI-PAREC-Projekte ein und baute eine Kommunikationsstruktur zwischen Graswurzelebene und Hauptstadt auf, um die Arbeit zu dezentralisieren.

Unsere Fachleute arbeiteten einerseits ziemlich genau das im Mandat festgelegte Programm ab, passten sie aber natürlich auch an politische Ereignisse an. So organisierten sie einen Workshop mit MI-PAREC-Führungskräften, um für MI-PAREC eine Position zum Gesetzesentwurf über eine Wahrheitskommission zu formulieren. Außerdem reagierten sie auf interne Anfragen zum Thema organisationsinterne Kommunikation und führten u. a. Trainings zum Thema Management von Gerüchten durch. Sie arbeiten prinzipiell in engem Austausch mit dem Projekt- sowie dem Organisationsleiter zusammen, in erster Linie bei wichtigen Entscheidungen oder bei der Vernetzung mit neuen Partnern. Die Arbeit





wird in erster Linie als Organisationsentwicklung im Arbeitsbereich des Verbindungsbüros gesehen, das heißt: Die Arbeit geht die gesamte Organisation etwas an und die Kapazitäten sollten so breit wie möglich aufgebaut werden.

Von Anfang an wurde durch ein Mapping der Interessenvertreter des Verbindungsbüros und seiner Themen beobachtet, wie sich das Büro und damit die Organisation in der Landschaft der Nichtregierungsorganisationen positioniert, um im Sinne von „do not harm“ zu analysieren, wie die Organisation als Akteurin mit eigenen Interessen auf andere Akteure einwirkt.

AUSBLICK

Das Advocacy-Projekt bei MI-PAREC scheint zum Teil ein Zugpferd für die Organisationsentwicklung anderer Bereiche zu werden. Es soll noch weiter führen, indem Trainings wie zum Thema Konfliktmanagement auch auf nationaler Ebene für Führungskräfte angeboten werden. Insgesamt ist das Modell „Fahrstuhl“ zwischen Basis und oberer Ebene notwendig, allerdings wird die Arbeit so zu einem Balanceakt zwischen den Konfliktlinien, verschiedensten Akteuren, ethisch komplexen und zum Teil widersprüchlichen Positionen und zwischen Organisationsentwicklung und inhaltlich vertiefter Arbeit. Dies wirft die Frage auf, ob das Modell allein mit einer Beraterin und einer lokalen Partnerorganisation tatsächlich langfristig wirksam sein kann. Wenn das Büro und das Budget vergrößert würden, könnte die Wirkung gerade über die Kommunikationsstruktur um einiges verstärkt werden und Friedenskomitees könnten, wie sie es bereits tun, noch viel stärker dezentral vernetzt arbeiten und zum Beispiel auf lokaler Ebene den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft moderieren.

Gerade für die Wahlen 2015, denen viele mit Sorge entgegenblicken, wäre so eine lokale Vernetzung als Frühwarnsystem zur Gewaltprävention geeignet.



Karoline Caesar ist seit 2011 Beraterin MI-PARECs im Bereich Kommunikation und Advocacy. Vorher war sie in der politischen Bildung tätig

Film ab!

Bei Kampagnen über HIV/Aids wurde jahrelang ohne die Betroffenen diskutiert. Erst als sie in gesellschaftliche Entscheidungen einbezogen wurden, konnten sie Anwalt für sich selbst werden

Am Anfang führten sogenannte Experten Aids-Warnkampagnen mit Schreckensszenarien vom Leid und Sterben durch. Durch diesen Ansatz konnte aber das allgemeine Schweigen um HIV/Aids nicht durchbrochen werden. Menschen, die persönlich von HIV betroffen waren, brauchten eine Stimme, um anderen Mut zu machen, sich offen mit HIV/Aids auseinanderzusetzen.

Daher kam die Idee, Filme zu machen – Filme über betroffene Menschen, die offen über ihren Umgang mit HIV/Aids berichten – mit persönlichen Geschichten über ihren Alltag, ihre Ängste und ihren Lebensmut. Es entstanden ungewöhnliche, mutige Filme mit der Botschaft „Life is a beautiful thing“ (Das Leben ist schön).

Diese Filme werden bis heute in Gemeinden im südlichen Afrika gezeigt. Im Anschluss stehen die Protagonisten der Filme für Fragen und Diskussionen bereit. Diese Methode – ein machtvolles Instrument für soziales Lernen – ist nach wie vor das Kernstück des STEPS-Projekts.

Ein weiterer Ansatz ist der partizipatorische Film. Gemeinsam mit jungen Menschen arbeiten wir die Themen heraus, die ihnen selbst wichtig sind. Sie entscheiden, welche Filme gemacht werden, und sie sind am Produktionsprozess aktiv beteiligt. Die Erfahrung zeigt: Filme eignen sich besonders gut für Advocacy-Arbeit. Eine Filmvorführung ist ein ganzheitliches Gruppenerlebnis, es berührt die Menschen auf allen Ebenen, audiovisuell, emotional. Menschen kommen zusammen, man trifft sich, man kommt ins Gespräch – es ist etwas Besonderes. Das Medium Film wird damit zum Werkzeug, um sich zu begegnen und miteinander zu kommunizieren.

Filme machen es möglich, das Leben einer anderen Person kennenzulernen und zu verstehen und dadurch eine andere Sichtweise einzunehmen. Um das zu erreichen, braucht man Filme und Protagonisten, mit denen sich Menschen identifizieren können. Wenn in einer Filmvorführung Menschen eine Verbindung untereinander aufbauen, dann passiert etwas, es wird etwas angestoßen. Damit das gelingt, müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden.

KONTEXT KLÄREN

Als wir einmal einen Film in einer Grundschulklasse zeigten, wurde daraus eine intensive Lernerfahrung. In dem Streifen erzählt ein Mädchen, dass ihre Mutter HIV-infiziert ist und sie darüber eigentlich nur mit ihrer Freundin sprechen kann. Nach der Filmvorführung fingen viele Kinder an zu weinen: Sie waren so stark von diesem Thema betroffen. Viele kümmerten sich selbst um kranke Familienmitglieder, hatten Eltern und Verwandte verloren und konnten mit niemandem darüber reden. Wir hatten dies nicht bedacht. Zum Glück

Dreharbeiten in Südafrika



„Steps“ wurde zur Berlinale 2013 mit dem Special Teddy Award for HIV Awareness“ ausgezeichnet – eine große Anerkennung für Protagonisten, Filmemacher und Aktivisten

leistete eine beratende Lehrerin im Anschluss an die Vorführung gleich emotionalen Beistand und rief später ein Programm an der Schule ins Leben, in dem sich Kinder aussprechen und um Hilfe bitten können.

Für uns war die Situation belastend, und es wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, den Film auf die Zielgruppe abzustimmen, deren Hintergrund zu kennen, die eigenen Kapazitäten zu überprüfen und mit lokalen Bezugspersonen zusammenzuarbeiten. Dabei ist es unerlässlich, den Film nach der Vorführung zu besprechen und mit den Zuschauern Botschaft und Wirkung des Films abzugleichen und zu diskutieren.

SCHLÜSSELPERSONEN EINBEZIEHEN

In Malawi hat eine junge Frau mit unserer Unterstützung einen Film über ihr eigenes Leben gedreht. Sie war schwanger und musste deshalb die Schule verlassen. Die Protagonistin setzte sich für die Rechte von schwangeren Schülerinnen und jungen Müttern ein, denen der weitere Schulbesuch untersagt ist, und organisierte Filmvorführungen in Schulen und Gemeinden. Bei einer Vorführung war eine Dorfälteste anwesend. Nach der Diskussion hat sie sich dafür eingesetzt, dass das Gesetz geändert wird und junge Mütter und Schwangere in ihrem Bezirk weiterhin zur Schule gehen können.

Dies ist ein Beispiel für positive Wirkungen, die durch angeleitete Filmvorführungen erzielt werden können. Um größtmögliche Wirkung zu haben, laden wir daher auf Gemeindeebene immer auch lokale Führungskräfte, den Ältestenrat und auch Vertreter der Kirchen ein. Sie spielen eine wichtige Rolle, um Veränderung auf gesellschaftlicher Ebene anregen und umsetzen zu können.

STRATEGISCHE VERNETZUNG

Neben dem direkten persönlichen Austausch in Filmvorführungen ist die strategische Vernetzung sowie die Ausbildung und Begleitung von Multiplikatoren ein zentraler Ansatz von STEPS. STEPS geht dazu Partnerschaften mit Organisationen der Zivilgesellschaft ein, die im südlichen Afrika Advocacy betreiben. Dabei waren strategische Vernetzung und der Aufbau des regionalen Trainingsprogramms ein Lernprozess für STEPS. Anfangs wurden Filme und Begleithefte an möglichst viele HIV/Aids-Organisationen und -Institutionen im südlichen Afrika verteilt mit der Annahme, dass sie in Advocacy-Programmen eingesetzt werden. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass dies nicht der Fall war und Filme oftmals in den Schreibtischschubladen verschwanden. In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen initiierte STEPS ein Trainingsprogramm für Multiplikatoren, die angeleitet wurden Filme als Instrument für Dialog einzusetzen.

Ein Beispiel für strategische Vernetzung in Südafrika ist die Zusammenarbeit mit der TAC (Treatment Action Campaign). Unter der Regierung von Präsident Mbeki hat sich die Bürgerbewegung den Zugang zu ARVs (Anti-Retro-Viral-Medikamenten) erkämpft. STEPS hat gemeinsam mit TAC einen Film gedreht, Aktivisten als Multiplikatoren ausgebildet und übernimmt in diesem Moment sozusagen eine Mittlerfunktion: Wir stellen Material und Wissen zur Verfügung, unterstützen die Partner, führen aber keine eigenen großen Kampagnen durch.

Strategische Vernetzung ist auch notwendig, um Grassroot-





Organisationen zu fördern. STEPS erhält immer wieder Anfragen von HIV-Selbsthilfe- und anderen Gemeindeguppen, die als Multiplikatoren ausgebildet werden wollen. Allerdings hat sich herausgestellt, dass viele Gruppen keinen oder nur begrenzten Zugang zu den notwendigen technischen Geräten haben. Nach dem Training konnten Moderatoren deshalb oft nur begrenzt oder überhaupt keine eigenen Filmvorführungen organisieren. Diese Erfahrung hat dazu geführt, dass STEPS auch die Vernetzung zwischen strategischen Partnern und Grassroot-Organisationen vor Ort anregt und die Zusammenarbeit fördert.

GANZHEITLICHER ANSATZ DES HIV- UND AIDS-PROGRAMMS

In unserer Arbeit ist uns klar geworden, dass wir das Thema HIV/Aids nicht isoliert behandeln können. Um Wirkungen zu erzielen, ist ein ganzheitlicher, an Menschen- und Bürgerrechten orientierter Ansatz notwendig. In den vergangenen Jahren wurden um die 150 Filme und Begleitmaterialien zu einer Vielfalt von Themen erstellt und eingesetzt. STEPS setzt verstärkt die Expertise mit dem Medium Film und die Methode ein, um Themen wie HIV/Aids, sexuelle Gewalt, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Orientierung, Regierungsführung und Armutsbekämpfung zu verknüpfen. Dieser ganzheitliche Ansatz soll Advocacy-Strategien der Zivilgesellschaft zu den unterschiedlichen Themenbereichen stärken.

ADVOCACY AUF EINER GLOBALEN EBENE

Für STEPS ist Advocacy auf allen Ebenen wichtig: Durch internationale Partnerschaften kann das Bild von Afrika verändert werden. Mit Hilfe von professionellen Filmemachern entsteht ein Film, der sowohl lokal als auch weltweit ausgestrahlt werden kann. Protagonisten werden nicht mehr als hilflose Opfer dargestellt, sondern sprechen für sich selbst – als Akteure in eigener Sache. Brücken schlagen – das ist für uns Advocacy auf globaler Ebene.



Marianne Gysae ist Medienpädagogin und Kooperantin des Weltfriedensdienstes. Sie lebt seit vielen Jahren mit ihrer Familie in Südafrika

Aus dem Scheitern lernen



Tschad - die Weltbank wollte die Ölförderung zu einem Modell der Armutsbekämpfung machen. 10 Jahre nach Beginn ist die Armut im Tschad schlimmer als zuvor. Was lief schief?

Ein Konsortium unter der Führung der Firma ExxonMobil hat seit Juni 2000 4,5 Milliarden US-Dollar ausgegeben, um Ölfelder im Süden der Republik Tschad zu erschließen und um eine 1050 Kilometer lange Pipeline zu bauen. Durch sie wird das Öl aus dem Tschad an die Atlantikküste Kameruns transportiert. Zu dieser Zeit war es die größte privatwirtschaftliche Investition im subsaharischen Afrika und sie schuf die erste Pipeline aus Zentralafrika an die Westküste Afrikas. Das Projekt hatte also wirtschaftlich und politisch eine hohe Bedeutung. Gleichzeitig traf es auf eine für Menschenrechts- und Ressourcenfragen sensibilisierte internationale Öffentlichkeit. Der Justizmord an dem nigerianischen Schriftsteller Ken Saro Wiwa hatte die internationale Öffentlichkeit schockiert. Am 10. November 1995 war er für ein Verbrechen gehängt worden, das er nie begangen hat. Sein wahres Vergehen war es, die Weltöffentlichkeit auf

die desaströsen ökologischen und sozialen Folgen der Ölförderung im Niger-Delta aufmerksam gemacht zu haben. Kurz zuvor hatte die Firma Shell mit dem Versuch, eine ganze Ölplattform (Brent Spar) in der Nordsee zu entsorgen, einen internationalen Sturm der Entrüstung entfacht.

Auf diesem Hintergrund entstand rund um das Tschad-Kamerun-Erdölprojekt eine breite Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Gruppen in Ländern Afrikas, den USA und Europa. Sie lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf die enormen politischen, sozialen und ökologischen Risiken dieses Projektes und wollten Einfluss auf den Verlauf des Projektes nehmen.

Bis 1998 hatte es keine Kontakte zwischen den zivilgesellschaftlichen Gruppen im Tschad und in Kamerun oder denen aus dem Nigerdelta gegeben. Reisen in der Region sind teuer und beschwerlich. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen in Europa und USA vermittelten gegenseitige Einladungen und finanzielle Unterstützung. So kam es seit 1998 zu mehreren Vernetzungstagungen im Tschad und in Kamerun sowie zu einer Reise tschadischer und kameruner Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen ins Niger-Delta. Zusätzlich wurden Vortragsreisen durch Europa organisiert, die auch zu politischen Gesprächen genutzt wurden.

Der Informationsfluss war durch die Nutzung von Fax und später E-Mail sehr intensiv und rasch. Oft waren die zivilgesellschaftlichen Gruppen schneller und besser informiert als ihre Gegner im politischen und ökonomischen Bereich. Während z. B. die Regierung des Tschads im Dezember 1999 noch leugnete, dass der Zusammenschluss der betroffenen Bevölkerung der Ölregion (Entente de la Population Concernées du Projet Pétrolière/EPOZOP) verboten war, lagen Faxe mit dem Verbotsdekret in den Büros der beteiligten Gruppen in Europa und den USA vor und wurden an die jeweiligen Regierungen und die Weltbank weitergeleitet.

Auch für europäische Verhältnisse war die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gruppen bemerkenswert. Gruppen, die sich mit Umweltschutz, mit ökonomischen Fragen, Friedensarbeit oder der Entwicklungspolitik befassen, haben jeweils eigene Strukturen. Eine Vernetzung dieser unterschiedlichen Aktivitäten auf nationaler oder internationaler Ebene gibt es kaum. Ihre beschei-

denen Erfolge konnte die Advocacy-Arbeit zum Ölprojekt aber nur erreichen, weil alle beteiligten Gruppen sich zum konkreten Thema vernetzten und ihre jeweilige Fachkompetenz einbrachten.

In den USA hatte zu diesem Zeitpunkt bereits der renommierte Environmental Defense Fund (EDF) das Thema entdeckt und betrieb Advocacy-Arbeit, um auf die Weltbank einzuwirken, die einen Teil des Projektes finanzieren sollte. Die Weltbank sprach damals von einem Modellprojekt der Public-Private Partnership, das die Armut im Tschad bekämpfen sollte. Für ExxonMobil bedeutete die Weltbankbeteiligung eine Absicherung ihrer Investitionen und daraus folgend geringere Kreditzinsen. Nun gehört es aber nicht zu den Aufgaben der Weltbank, privatwirtschaftliche Risiken abzusichern und für preisgünstige Kredite in diesem Bereich zu sorgen. Deshalb forderten die internationalen Gruppen einen Rückzug der Weltbank vom Tschad-Kamerun-Ölprojekt.

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen im Tschad gerieten allerdings durch die Aktionen im Ausland innenpolitisch unter Druck und wurden publikumswirksam als Handlanger westlicher Ökoimperialisten dargestellt, die den Tschad in Armut halten möchten. Zudem war es die Überzeugung der zivilgesellschaftlichen Gruppen, dass die Volkswirtschaft des Tschads die Öleinnahmen brauchte. In nicht immer einfachen Gesprächen wurde aber letztlich eine gemeinsame Formel, zumindest für die deutsche Advocacy-Arbeit, gefunden. Ziel der gemeinsamen Arbeit zum Ölprojekt sollte es sein, die Ölproduktion so umwelt- und sozialverträglich wie nur möglich zu gestalten. Der Kooperation zuliebe rückten die Menschenrechts-, Umweltschutz- und wirtschaftlichen Advocacy-Gruppen von der These ab, dass nur eine Verhinderung des Projekts vor den Negativeffekten schützen könne. Die Forderungen nach einem Moratorium und nach best practice in ökologischer und sozialer Hinsicht bestimmten jetzt die Advocacy-Arbeit. Das Moratorium sollte Zeit geben, um die Entschädigung der Bauern, deren Land für die Pipeline gebraucht wurde, mit mehr Ruhe und effektiver durchzuführen.

Trotz vielfältiger Proteste beschloss die Weltbank im Juni 2000, das Projekt mit Krediten an die Regierungen des Tschads und Kameruns zu fördern. Am 10. Oktober 2003 floss das erste Öl durch die Pipeline.

Die Erfolge der präventiven Advocacy-Arbeit sind insgesamt bescheiden. Von den zehn Jahren Vorbereitungszeit, die sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen gewünscht hätten, um Infrastruktur, Vermarktungsstrukturen und Wirtschaftsweisen anzupassen, sind im Endeffekt drei Jahre geblieben. Die Erhöhung der Entschädigungssätze ist positiv zu verbuchen. Und die Tatsache, dass sich die Firmen Shell und Elf Aquitaine aus dem Konsortium zurückgezogen haben, könnte als Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit gewertet werden. Zumindest Shell hatte öffentlich angekündigt, bei fortdauernden Menschenrechtsverletzungen im Tschad das Projekt aufgeben zu wollen. Mit der malaysischen Petronas und der US-Firma Chevron sind allerdings Unternehmen in das Konsortium eingetreten, die außerhalb der Reichweite europäischer Verbraucher und Organisationen liegen.

Die Bevölkerung leidet heute darunter, dass es die Weltbank versäumt hat, verlässliche, durchsetzbare Regelungen über die Verwendung der Öleinnahmen zu vereinbaren. So hat sie die internen Konflikte im Tschad weiter angeheizt. Der herrschende Clan hält sich mit brutaler Gewalt an der Macht und damit an den Geldtöpfen. Das Ziel der Weltbank, Armut zu bekämpfen, wurde





nicht erreicht. Seit Beginn der Erdölförderung vor zehn Jahren hat der Tschad mehr als zehn Milliarden US-Dollar (ca. 7,5 Milliarden Euro) eingenommen. Doch die Bevölkerung verharrt in Armut. Der Lebensstandard ist im zehnten Jahr der Erdölförderung weiter gesunken: Der Tschad steht im aktuellen Human Development Index des UN-Entwicklungsprogramms auf Platz 184 von 186. Während die Bevölkerung unter extremem Mangel leidet, verfügt der Tschad jetzt über die bestausgerüstete Armee der Region. Am 9. September 2008 hat sich die Weltbank endgültig aus dem Tschad-Kamerun-Erdölprojekt zurückgezogen. Begründet wurde der Rückzug mit der anhaltenden Weigerung der Regierung des Tschads, die Öleinnahmen zur Armutsbekämpfung zu verwenden. Dieses Problem ist seit Beginn der Zusammenarbeit im Jahr 2000 bekannt, wurde aber von der Weltbank bisher geleugnet. Das so genannte „Modellprojekt“ ist grandios gescheitert und hat eine ganze Region ins Elend gestürzt. Ohne die Unterstützung der Weltbank hätte das Projekt so nicht stattgefunden. Auch die deutsche Regierung trägt Verantwortung. Sie hat sich wider besseres Wissen (Berichte der International Advisory Group) auf die Aussagen der Weltbank verlassen und die Kritik aus der Zivilgesellschaft nicht ausreichend in Betracht gezogen. Das gleiche gilt für die Firma Esso.

Jetzt geht es darum, aus dem Scheitern zu lernen. Die Weltbank hat einen Auswertungsprozess ihres Engagements im Ressourcensektor durchgeführt, die Extractive Industries Review. Die macht eine klare Ansage: Wo es keine gute Regierungsführung gibt, gibt es keine Hoffnung auf Armutsreduzierung und Verbesserung des Lebensstandards durch Investitionen. Was am Beispiel des Tschad-Kamerun-Ölprojektes exemplarisch zu studieren ist. Ob die Weltbank etwas gelernt hat, kann sie schon bald zeigen. Ihre Beteiligung ist angefragt für ein weiteres, noch größeres Projekt. In Guinea, nicht bekannt für gute Regierungsführung, sollen zehn Milliarden US-Dollar in die Eisenerzförderung investiert werden.



Martin Zint Vorsitzender von PECOJON Deutschland, verantwortet die Öffentlichkeitsarbeit beim Weltfriedensdienst. Mehr Infos zum Thema beim Peace and Conflict Journalism Network/PECOJON, www.pecojon.de

Von der Kunst, Einfluss

Unternehmen nutzen ihre wirtschaftliche Macht, Advocacy müssen sich daher Organisationen der

Im Ringen um Einfluss und Macht nutzen die ökonomisch stärksten Akteure, die Unternehmen, viele Möglichkeiten der Einflussnahme. Es gibt nach wie vor Branchenverbände, seit Jahren aber auch transnationale und gemischte Konzernverbände. Darüber hinaus setzen Unternehmen Public Affairs Offices ein und lassen sich von Kommunikationsprofis strategisch beraten.

Seit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte zur Vollendung des Binnenmarktes (1987) wurde Brüssel zum Zentrum der Einflussnahme. Das Gewicht der politischen Entscheidungen verschiebt sich zugunsten der supranationalen Ebene. Bemerkenswert ist, wie ungleich die Ressourcenverteilung auf europäischer Ebene ist: Zwei Drittel der Interessengruppen, die in Brüssel aktiv sind, lassen sich der Kapitaleseite zuordnen. Das ist ein großer Nachteil für die eher progressiven Strömungen in der Gesellschaft. Selbst die Gewerkschaften, die im Gegensatz zu anderen Interessengruppen verhältnismäßig gut aufgestellt sind, stehen auf europäischer Ebene im Verhältnis ungleich schwächer da als auf nationaler Ebene. Selbst Umweltverbände sind aufgrund beschränkter Ressourcen und Organisationsdefiziten meist nicht in der Lage, die Agenden für die europäische Politik zu setzen oder auch nur entscheidend zu beeinflussen.

Um angemessen im politischen Feld der Gegenwart agieren zu können, ist es für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) daher dringend notwendig, nicht nur auf der bekannten nationalen, sondern auf der komplexeren und damit schwierigeren Ebene der Europäischen Union zu operieren.

Die meisten NGOs dieser Welt haben das bislang verpasst. Das gilt auch in der Friedens- und Entwicklungspolitik. Viele NGOs arbeiten zwar grenzüberschreitend, aber meist nur lose vernetzt. Sie müssen ihre Arbeit in Europa wesentlich stärker horizontal und vertikal organisieren, um den charakteristischen Eigenschaften des europäischen Mehrebenensystems Rechnung zu tragen. Die NGOs müssen umdenken.

Die Notwendigkeit, sich der Herausforderung zu stellen, wird besonders deutlich, wenn man sich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Lobbyismus und Advocacy anschaut.

Im politischen Diskurs heißt es oft: Lobby machen die Bösen und Advocacy die Guten. Das sehen die Unternehmen naturgemäß anders. Generell gilt: Je partikularer und egoistischer und enger das Interesse ist, das Organisationen oder Verbände verfolgen, umso mehr ist es zu Recht mit dem Negativbegriff des Lobbyismus besetzt. Man sollte daher durchaus Organisationen und Aktivitäten unterscheiden, die versuchen, breite allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten im Vergleich zu den engen Eigeninteressen eines an Profit orientierten Unternehmens.

Interessenvertretung geht dabei nicht ohne Konflikt. In Gesellschaften, die strukturelle Merkmale wie Klassen-, Geschlechter- und ethnische Unterschiede aufweisen, sind viele Interessenkonflikte vorstrukturiert und unabdingbar.



zu nehmen

um Einfluss auszuüben. Für eine wirksame Zivilgesellschaft europaweit vernetzen

Dabei kann ein Akteur, dem es gelingt, sein Eigeninteresse zum Allgemeininteresse zu erklären, den höchsten Erfolg verbuchen.

Alle Akteure unternehmen dabei den Versuch, ihre Interessen als Allgemeininteresse darzustellen. Interessen sind aber immer auch von einem normativen Standpunkt abhängig, also weltanschaulich verankert. Tatsächliche Allgemeininteressen (z. B. gesunde Umwelt, körperliche Unversehrtheit und Mindestbedingungen aller für gesellschaftliche Teilhabe) gibt es nur wenige.

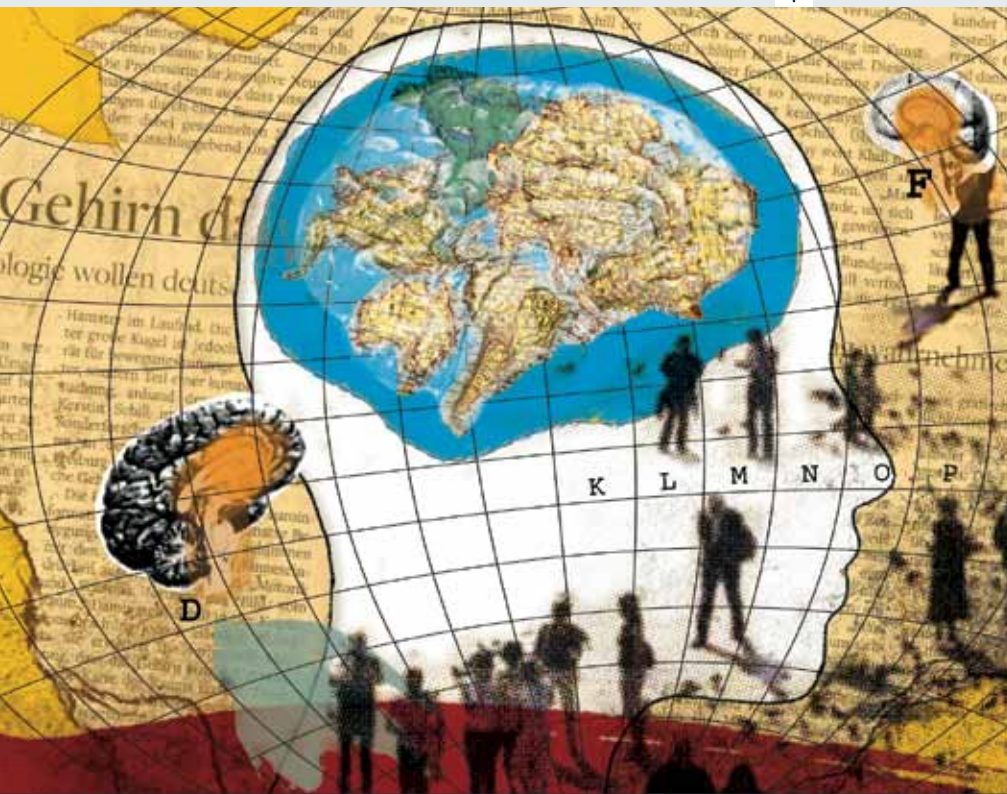
Geht es tatsächlich um Allgemeininteressen, ist vor allem der Weg zum Ziel entscheidend. Das gilt besonders für den Frieden. Denn den Frieden reklamiert auch die Waffenindustrie für sich. Sie arbeitet längst europaweit in wenigen Konzernen konzentriert und stellt in Brüssel eine mächtige Lobby dar. Wie soll deren Macht begrenzt und damit eine wichtige Voraussetzung für Frieden geschaffen werden, wenn nicht durch eine systematische politische Mobilisierung über die Grenzen und Ebenen der Politik hinweg? Wenn der Zivile Friedensdienst Einfluss auf die

Politik nehmen will, ist es zwingend, Teil der Organisationslandschaft und Diskurse in Brüssel zu werden. Das war früher die Aufgabe politischer Parteien. Doch wir haben es seit Jahrzehnten mit dem Niedergang der Parteien zu tun und gleichzeitig mit einer starken Zunahme von Interessenvereinigungen.

Daher ist es gerade bei Interessenvertretern, die personell und ressourcenmäßig eine schwache Basis haben, wichtig, ein Vertretungs- und Delegationsverständnis zu entwickeln. Entscheidend bei einer gesellschaftspolitischen Advocacy ist die Frage: Wie baue ich Allianzen – und wie werden sie professionell geleitet? Bei dieser Frage hilft ein Blick in die Wirtschaft. Wenn es um direkte Beeinflussung der Gesetzgebung geht, gründen Unternehmen gerne einen Thinktank. Die Firmen arbeiten dabei eigenständig oder schließen sich mit anderen zusammen – wie Unternehmen, Verbänden, AkademikerInnen, NGOs. Der Aufstieg der Thinktanks in Europa bringt eine Art Parapolitik hervor: Parallel zu den Parteien entstehen mit transnationalen Experten Lobby- und Advocacy-Allianzen. Innerhalb solcher amorpher Gruppen spielen organisatorische Zentren eine Rolle, die das Handwerk der professionellen Politikberatung und -vermittlung beherrschen.

Es ist eine Stärke der Thinktanks, dass dort professionell Verbindungen gesucht und aufgebaut werden. Im politischen Diskurs kann Expertise ein wirksames Legitimationsmittel sein, gerade wenn man kein Mandat im Sinne der repräsentativen Demokratie besitzt. Am Anfang kann dabei der Kontakt und die Zusammenarbeit mit guten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen stehen, um eine Studie durchzuführen. Doch das reicht nicht. Denn die Forschenden können die Ergebnisse in der Regel in den Medien oft nicht ausreichend verständlich machen oder darüber in Diskussionsforen diskutieren. Dafür braucht es Fachleute, die Themen gut vermitteln können. Eine professionelle Advocacy-Organisation muss also vielfältige Transferleistungen erbringen.

Wenn sich NGOs zu Allianzen zusammenschließen, ist es also sinnvoll, dass im Zentrum ein Institut steht, das diese Transferleistungen zu Verfügung stellen kann. Das Transnational Institute in Amsterdam ist ein gutes Beispiel dafür. Es hat früher stark die Konzernkritik in Europa vorangetrieben.





Dabei verbindet es praktische und intellektuelle Reflexion. Beides ist wichtig, um in der Öffentlichkeit Resonanz zu erzielen.

In Deutschland tragen besonders die parteinahen Stiftungen, die mit Parteien verbunden, aber nicht mit ihnen identisch sind, zum Diskurs bei.

Für friedenspolitische Anliegen sollten sich die NGOs fragen: Mit welchen Stiftungen wäre eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene möglich und sinnvoll? Wahrscheinlich ist den wenigsten Menschen bekannt, dass es inzwischen europäische Parteistiftungen gibt und sich Netzwerke und Thinktanks parallel zu den Parteienetzwerken auf dem ganzen Kontinent aufgebaut haben.

In der Friedenspolitik ist Aufklärung, wie sie ein friedenspolitischer Thinktank leisten könnte, besonders wichtig. Es finden immer häufiger Kriegseinsätze statt, die nicht national gesteuert werden. Europa wird immer mehr zu einer Art internationaler Militärpolizei, die in Konflikte involviert ist.

Beispiele für erfolgreiche Advocacy

VON UNTERNEHMEN: Obwohl zahlreiche NGOs, Verbraucherschützer und Interessenverbände dagegen kämpften, wurde die REACH-Verordnung für Chemikalien erfolgreich durchgesetzt. Durch REACH muss die Industrie erstmals Daten über die Umwelt- und Gesundheitsfolgen von etwa 30.000 Chemikalien vorlegen. So können Stoffe, die sich in der Umwelt und im Körper anreichern, zukünftig verboten werden. Umweltverbände kritisieren, dass die Verordnung durch massive Lobbyarbeit der Chemiekonzerne stark verwässert wurde.

VON GEWERKSCHAFTEN UND BÜNDNISPARTNERN: Unter dem Motto „Europa ja, Sozialdumping nein“ kämpften Gewerkschaften und ihre Bündnispartner gegen den Entwurf von EU-Binnenmarkt-Kommissar Bolkestein für die Europäische Dienstleistungsrichtlinie 2006, die eine soziale Absicherung in Europa stark verringert hätte. Dass der Entwurf komplett überarbeitet und zumindest teilweise zugunsten von Arbeitnehmern verbessert wurde, wird von vielen als Erfolg der Advocacykampagne gewertet.

VON NGOs: 200 Gruppen aus der Zivilgesellschaft – von Gewerkschaften bis zu AkademikerInnen – schlossen sich zusammen, um gegen den zunehmenden Einfluss von Unternehmenslobbys auf die politische Agenda in Europa zu protestieren. Ziel war und ist, Lobbyarbeit transparent zu machen. Seit der Verabschiedung des europäischen Transparenzregisters 2011 müssen sich Lobbyakteure registrieren lassen, um dauerhafte Zugangspässe zum Parlament zu erhalten. Kritisiert wird der weiterhin freiwillige Charakter des Registers.

Dabei gilt es zunächst einmal herauszufinden, was europäische Kriegs- und Friedenspolitik beinhaltet. In der EU wird derzeit das so genannte Defence Package vorbereitet, ein Bündel von rüstungspolitischen Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission u. a. zur Liberalisierung der nationalen Beschaffung von Militärgütern. Parallel findet seit langem der Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie statt, die in Brüssel von Thinktanks flankiert wird. Dort werden gesellschaftlich mächtige Diskurse über „Schurkenstaaten“ oder auch der weitreichende Terrorismusdiskurs zur Verschmelzung von Aufrüstung und innerer Sicherheit entwickelt, häufig in Verbindung mit akademischen Zentren.

Eine wichtige Aufgabe von Lobby und Advocacy ist infolgedessen nicht nur Wissen und Erfahrung im eigenen Metier zu sammeln, sondern auch ein besseres Verständnis für die arkanen Welt des elitären Netzwerks zu entwickeln. In der Advocacy-Szene der NGOs besteht häufig das Dilemma, dass die Sichtweisen der Akteure oft relativ eng sind. So kümmern sich Projekte zum Beispiel um die Flutopfer in einem Land. Der Fokus darauf lässt sich aber kaum in politisch wirksame Advocacy ummünzen.

Wenn sich dagegen verschiedene Organisationen in Europa zusammenschließen und ihr Hintergrundwissen zu den Themen bündeln, wird der Einfluss potenziell wesentlich größer. Wer in der Lage ist, durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen einen Thinktank aufzubauen, der in mancher Hinsicht ähnliches leistet wie eine Partei, der kann über Studien, öffentliche Auftritte und Kampagnen Einfluss gewinnen.

Transnationale Advocacy-Kräfte können dabei manchmal mit großen Kräften konkurrieren. So kann es gelingen, dass auch aus einer zunächst schwächeren Kapazität heraus auf der Grundlage von Studien, Öffentlichkeitsarbeit und Expertenrunden Einfluss genommen werden kann. Geld alleine ermöglicht keine Advocacy, das ist eine wichtige Erkenntnis. Warum war das Öko-Institut in Freiburg in der Mobilisierung gegen die Atomkraftwerke so erfolgreich? Es ist aus einer ökologischen Bewegung heraus entstanden. Diese Basis ist wichtig. Sie besteht auch in der Friedensbewegung.

Ergänzend kann die Popularität von Prominenten dabei helfen, den Diskurs zu öffnen. Voraussetzung ist dabei aber, die soziale und organisatorische Basis mit intellektueller Arbeit zu verbinden, um politische Anliegen erfolgreich in den Diskurs bringen zu können. Wird dieser Ansatz institutionalisiert, kann daraus ein Erfolgsmodell entstehen.



Dr. Dieter Plehwe ist Politikwissenschaftler, arbeitet in der Projektgruppe „Modes of Economic Governance“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialwissenschaften. Mit Kolleginnen und Kollegen hat er die internationale „Think Tank Netzwerk Forschungsinitiative“ ins Leben gerufen



Lebensfreude wirkt

Mit der Aktion „Gorleben 365“ behinderten AtomkraftgegnerInnen an der Endlagerabbaustelle in Gorleben ein Jahr lang die Schichtwechsel und Salzausfuhren. Den Endlagerplänen machten sie mit bunter Lebendigkeit einen Strich durch die Rechnung

So feierten Anti-Atom-Engagierte mit Freunden ihren Geburtstag, Brautpaare gaben sich das Jawort, Kartenspieler richteten ein Doppelkopfturnier aus, Chöre und Orchester musizierten mitten auf der Straße, Jugendliche veranstalteten eine Pferdeshow und Abgeordnete von Grünen und Linken saßen vor den Toren. Insgesamt beteiligten sich an 100 Tagen rund 1500 BlockiererInnen aus ganz Deutschland an den Aktionen.

In allen Teilen des Landes waren Gruppen und Einzelpersonen angesprochen, einen von 365 Tagen zu übernehmen. Sie planten ihre Blockade nach ihren individuellen Vorstellungen. Sie meldeten sich an, reisten ins Wendland, wurden durch eine wendländische Unterstützungsgruppe in Empfang genommen und mit einem gewaltfreien Aktionstraining auf die Blockade vorbereitet. Die Termine und Namen der Gruppen waren im Aktionskalender auf der Internetseite einzusehen. Jede Blockade bekam ihr eigenes Gesicht und ihren eigenen Namen.

Nach 365 Tagen beschloss das Kampagnenteam die Fortsetzung der Blockaden unter dem neuem Namen „gorleben365+X“. Jedoch ist seit Ende 2012 zumindest für einige Monate ihr Ziel erreicht: Es finden keine Bau- und Ausbaurbeiten im Salzstock mehr statt! Die Kampagne „gorleben+X“ ruht. Mit Beginn neuer Bauarbeiten wird es auch wieder Blockaden geben!

Getragen wurde „gorleben365“ von der Anti-Atom-Initiative „X-tausendmal quer“ und der „Kurve Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion“. „X-tausendmal quer“ ist Ende der 1990er-Jahre innerhalb der Anti-Atom-Bewegung entstanden, um große gewaltfreie Sitzblockaden beim Castor-Transport zu organisieren. Die Bildungs- und Begegnungsstätte wurde 1980 im Wendland gegründet. Sie führt Seminare und Trainings zu ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung durch, entsendet junge Freiwillige



für einen sozialen Lerndienst im Rahmen des „weltwärts“-Programms und Friedensfachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes. Die Kurve Wustrow kooperiert dafür mit Partnerorganisationen auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Südostasien.

Mehr Informationen gibt es unter www.gorleben365plusx.de



Steffi Barisch, Dipl.-Umweltwissenschaftlerin, arbeitet seit 2008 als Öffentlichkeitsreferentin bei der Kurve Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber: Weltfriedensdienst e.V.

V. i. S. d. P.: Martin Zint

Projektleitung: Doerthe Beer

Heftkonzeption: Joachim Christoph Wehnelt, www.SiebenSinne.net

Redaktion: Doerthe Beer (Inhalt) und Joachim C. Wehnelt (Textarbeit)

Design und Layout: Anja Teßmann/Artdirection & Design, www.anja-tessmann.de

Bildnachweise: Fotolia: S. 1, 22, 28-29 / Weltfriedensdienst e.V.: S. 3 / Christof Krackart: S. 3, 9, 16, 35 / Sladea: S. 7 / Joelle Dolle: S. 10 /

RCN: S. 12 / Steps: S. 15 / Anja Teßmann: S. 19 / Kurve Wustrow: S. 21 / Wassertisch: S. 24 / PBI: S. 25 / Joerg Farys - DIE.PROJEKTOREN:

S. 26 / IKRK: S. 30 / Usoforal: S. 33, 34

Der Weltfriedensdienst e.V. (WFD) wurde 1959 gegründet. Fachkräfte unterstützen seitdem Basisgruppen in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und in Palästina bei der Arbeit für eine gerechtere und friedlichere Welt. In Deutschland sorgt der WFD durch innovative Bildungsarbeit dafür, dass die Probleme des Südens Thema bleiben. Wir finanzieren unsere Arbeit über Spenden. Bitte unterstützen Sie uns. **Spendenkonto 505, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00**

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Als Autorenmagazin verwenden wir in den Artikeln das jeweilige Genderverfahren der Autoren.

wfd.
Weltfriedensdienst e.V.

zfd Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Im Fluss

DURST – Advocacy für freien Zugang zu Wasser

Bauern im Senegal kennen die Grenzen konventioneller Landwirtschaft, denn mit den Jahren wurden die negativen Effekte auf die Umwelt sichtbar: die Bauern brauchten immer mehr Dünger um den ausgelaugten Böden Erträge abzurufen. Durch den Einsatz von Pestiziden verschwanden Tier- und Pflanzenarten. Die Ausgaben für Saatgut, Dünger und Pestizide schmälerten die knappen Erlöse bis ins Ruinöse. Die Bauern suchten nach Lösungen aus diesem Dilemma. Sie fanden sie im ökologischen Landbau. Beraten wurden sie dabei von einer senegalesischen Bauernorganisation (PRONAT), die wiederum vom Weltfriedensdienst unterstützt wird, finanziert, u. a., mit Mitteln aus dem Entwicklungsministerium (BMZ).

Alles lief prima, bis Mitarbeiter der italienisch-senegalesischen Firma Senathol auftauchten und den erstaunten Bauern erklärten, das Acker- und Weideland gehöre nun ihnen. Die Regierung habe es ihnen verkauft und sie würden jetzt Sonnenblumen anbauen, um Bio-Diesel zu gewinnen. Eventuell könnten sie als Landarbeiter auf ihrem bisherigen Ackerland angestellt werden. Die angebotenen Entschädigungen waren lächerlich gering und stellten keinerlei Kompensation für den verloren gegangenen Lebensunterhalt dar.

Über seinen lokalen Partner PRONAT erfuhr der Weltfriedensdienst von der Sache. Obwohl es nicht zum eigentlichen Aufgabengebiet von PRONAT gehört, unterstützte der WFD die Bauern in ihrem Widerstand gegen den Landraub, der auch gleichzeitig Wasserraub ist. Quellen und Wasserstellen werden bevorzugt von den Agrarfirmen beansprucht. Außerdem sinkt erfahrungsgemäß durch den hohen Verbrauch industrieller Landwirtschaft der Grundwasserspiegel. PRONAT finanzierte Studien zum Bodenrecht, um die Position der Bauern zu stärken. So begann die Advocacy für freien Zugang zum Wasser. Inzwischen ist es PRONAT in einem vielbeachteten Fall gelungen, den damaligen Präsidenten zur Rücknahme einer Landübertragung an Großinvestoren zu bewegen.

Der Weltfriedensdienst lud die Vorsitzende von PRONAT, Mariam Sow, nach Deutschland ein. In Berlin wurden Kontakte mit Politikern hergestellt und Gespräche in den relevanten Ministerien vermittelt. Dort zumindest stieß Mariam Sow auf offene Ohren, was sie sehr ermutigte, ihren Kampf gegen das Landgrabbing im Senegal fortzuführen. Ganz nebenbei besuchte sie auch noch Schulen und sensibilisierte ein breiteres Publikum für die Probleme der Bauern im Senegal.

Die aus Partnersicht sehr erfolgreiche Reise legte weitere Aktionen nahe. Auch der Weltfriedensdienst kann nicht zufrieden sein, wenn ein Projekt durch

Entscheidungen im politischen Raum in seinem Erfolg gefährdet ist. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit steht die Einführung von Methoden des ökologischen Landbaus. Nur die naturnahe Bewirtschaftung der Flächen kann langfristig und nachhaltig die Ernährung sichern. Also wurde ein eigenes Projekt zur entwicklungspolitischen Sensibilisierung und Einflussnahme begonnen: **DURST – Stoppt den Wasserraub.**

Wasserraub wurde in den Mittelpunkt der Aktionen gestellt, da der Verlust der lebenswichtigen Wasserversorgung noch schwerer wiegt als der Verlust von fruchtbarem Boden. Die zunächst ziemlich spontan zustande gekommene Reise der Vorsitzenden der Bauernorganisation soll in Zukunft in jedem Herbst stattfinden, solange es nötig ist.

Zwei VertreterInnen der Bauernorganisationen bekommen die Gelegenheit, Entscheider aus dem Parlament und den Ministerien zu treffen und ihnen ihre Positionen darzulegen.

So nutzen wir komparative Vorteile: als deutsche Nichtregierungsorganisation haben wir Zugang zu politischen und wirtschaftlichen Akteuren. Unsere vom Wasserraub betroffenen Partner sind Experten für die Probleme vor Ort. Indem wir sie mit den Entscheidungsträgern zusammenbringen, können sie ihre Perspektive in den Diskurs einbringen. So geben sie den politischen Entscheidungsträgern wichtige Informationen und Entscheidungshilfen – und bringen auf Partnerreisen authentische Stimmen des Widerstands und auch des Erfolgs mit nach Deutschland.



Steter Tropfen

Als der Berliner Senat die Wasserbetriebe teilprivatisierte, blieb der Vertrag geheim. Die Bürgerinitiative Berliner Wassertisch wehrte sich gegen den Ausverkauf und erzielte mit Werkzeugen direkter Demokratie überraschende Erfolge

Im Jahre 1999 hatte die Große Koalition aus CDU und SPD zum Zweck der öffentlichen Schuldentilgung in Berlin und einer angeblich besseren Bewirtschaftung 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe für 1,68 Milliarden Euro über eine Holding AG an die Konzerne RWE und Veolia verkauft. Es war die größte Teilprivatisierung eines kommunalen Wasserbetriebes innerhalb der EU. Der Vertrag dieser „Öffentlich-privaten Partnerschaft“ (public-private partnership/PPP) war geheim. Er enthält eine Gewinngarantie für die privaten Anteilseigner und schreibt fest, dass die Geschäftsführung faktisch bei den Privaten liegt.

Die Existenz von Geheimverträgen und das Demokratiedefizit wollte ein Bündnis aus Initiativen und Einzelpersonen nicht hinnehmen und gründete unter dem Motto „Wasser gehört uns allen – Wasser ist ein Menschenrecht“ im Mai 2006 den Berliner Wassertisch. Er entwickelte Modelle für eine demokratische, soziale und ökologisch nachhaltige Wasserbewirtschaftung in Berlin und machte die Problematik einer zunehmenden Privatisierung der Daseinsvorsorge und des PPP-Geschäftsmodells öffentlich. Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe sollte rückgängig gemacht und die Wasserversorgung als Kernbereich der Daseinsvorsorge wieder vollständig in kommunale Hand gebracht werden. Erst unter dem Eindruck des vom Berliner Wassertisch initiierten erfolgreichen Wasser-Volksbegehrens im November 2010 wurde er vom Senat veröffentlicht. Die Offenlegung aber wurde durch das mit dem Volkstentscheid abgestimmte Gesetz rechtlich verbindlich gemacht.

Mit der durch ein Gesetz erzwungenen Offenlegung der Geheimverträge stand die Rückabwicklung der rechtswidrigen Verträge zur Teilprivatisierung des Berliner Wassers auf der Agenda des Wassertischs. Die Bürgerinitiative gründete zur Aufklärung des Vertragswerkes den Untersuchungsausschuss „Klärwerk“ und stellte seine Analyse der Öffentlichkeit und den Abgeordneten zur Verfügung. Er erzwang die Einrichtung des Sonderausschusses „Wassererträge“, der im Berliner Abgeordnetenhaus von Januar bis Dezember 2012 tagte, sich aber als Blockadeakt der Regierungskoalition darstellte.

Dabei sprechen die Konsequenzen der Privatisierungspolitik für sich: In Berlin sind nach 13 Jahren PPP die Wasserpreise um 37 Prozent gestiegen; die Berliner zahlen im deutschen Städtevergleich die höchsten Wasserpreise.

Der Berliner Wassertisch hat sich von Anfang an für eine kostengünstige Rekommunalisierung durch Rückabwicklung der rechtswidrigen



Die Partnerreisen schließen immer auch Besuche bei Aktionsgruppen und Schulen ein und tragen so zur Meinungsbildung bei.

Wichtig ist dabei auch die Advocacy im Süden. „Finger weg von meinem Land – es ist mein Leben!“ Mit einer an die Regierung des Senegals gerichteten Unterschriftenaktion versuchten wir den Bauern im Senegal den Rücken zu stärken, denn bei einer früheren Aktion hatten wir die Rückmeldung bekommen: „Ohne eure Ermutigung hätten wir uns nie getraut, was wir uns jetzt trauen!“ In kurzer Zeit kamen 500 Unterschriften zusammen. Schüler und Lehrer der Amos-Comenius-Schule in Bonn wandten sich mit einem offenen Brief an Entwicklungsminister Dirk Niebel, der persönlich und zustimmend antwortete.

All diese Aktivitäten und die zugrunde liegende Problematik werden über die Kanäle des Weltfriedensdienstes einer breiten Öffentlichkeit kommuniziert – per Newsletter, auf der Webseite, über den Presseverteiler und im Mitglieder magazin „Querbrief“.



Katrin Miketta, Diplom-Soziologin und seit 2008 beim Weltfriedensdienst tätig. Sie koordiniert das Projekt DURST! Stoppt den Wasserraub.



Verträge eingesetzt. Die zu diesem Zweck vom Wassertisch-Untersuchungsausschuss geforderte Normenkontrollklage gegen das „Betriebe-Gesetz“ wurde von Piraten und Grünen bereits eingereicht, eine Organklage brachten die Piraten auf Anregung des Wassertisches im Alleingang auf den Weg. Zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe hat der Berliner Wassertisch am Weltwassertag 2013 seine neue Kampagne „Berlin sagt: Veolia adieu!“ vorgestellt, die die eklatante Diskrepanz zwischen der Selbstdarstellung des global agierenden Infrastrukturkonzerns und den Realitäten seiner Betriebsführung darstellt.

Auch auf EU-Ebene gefährdet der Zwang zur Privatisierung der Daseinsvorsorge als Konsequenz neoliberaler Konzepte eine über Jahrzehnte steuerfinanziert aufgebaute Infrastruktur höchster Güte. Die Konzerne versuchen das, was auf nationaler Ebene nicht durchgesetzt werden kann, über die EU wirksam zu machen, wie die neue Konzessionsrichtlinie, die bei Nacht und Nebel eingeführt werden sollte, eindrucksvoll dokumentiert. „Wir schreiben Wasser und lesen Demokratie“ – das Votum von 660 000 Berlinerinnen und Berlinern, die am 13. Februar 2011 ein Gesetz gemacht haben und sich schützend vor ihr Gemeinwesen stellten, steht für eine notwendige Privatisierungsbremse. Ihr Aufbruch wird weltweit als Ermutung gefeiert.



Ulrike von Wiesenau ist Pressesprecherin des Berliner Wassertisches und berät weltweit Organisationen und Initiativen der direkten Demokratiebewegung bei Öffentlichkeitsarbeit und politischen Aktionen

Vor
Ort



ZFD-Projekt

Schutz für Menschenrechts- schützerInnen

Projekt: Peace Brigades
International

Seit mehr als 30 Jahren bietet Peace Brigades International (PBI) unbewaffnete Schutzbegleitung für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen an. Doch obwohl sich das bloße Da-Sein als sehr wirksam erwiesen hat: Effektiver Schutz kann nur durch begleitende Advocacy erreicht werden

Bei PBI fängt Advocacy beim Schutzkonzept an. Diesem Konzept liegt die Annahme zugrunde, dass (potenzielle) Aggressoren von Übergriffen auf MenschenrechtsverteidigerInnen eher absehen, wenn sie wissen, dass ihre Tat aufgrund internationaler Präsenz auf politischer Ebene Nachteile bringen würde. Um das zu erreichen, muss PBI jedoch imstande sein, schnell und effektiv internationale Unterstützung zu mobilisieren. Advocacy ist für die Sicherheit der begleiteten MenschenrechtsaktivistInnen also von jeher integraler Bestandteil des Schutzkonzepts. Zwar werden die Einsätze der Organisation als „field projects“ bezeichnet, sie können jedoch kaum als Projekte im klassischen Sinne angesehen werden, da weder ein absehbarer Abschluss noch konkrete Resultate im Voraus planbar sind. Unvorhergesehene Situationen gehören zu PBIs täglicher Arbeit und verlangen ein hohes Maß an Einsatz und Flexibilität.

NETZWERK MIT POLITIKERINNEN

Sogenannte Ländergruppen, u. a. in Deutschland, sind neben der Rekrutierung und Vorbereitung freiwilliger BeobachterInnen sowie der Beschaffung von Projektmitteln damit betraut, für die benötigte internationale Unterstützung durch Regierung und Parlament des eigenen Landes zu sorgen. Zu diesem Zweck verfügt PBI Deutschland über ein Netzwerk von UnterstützerInnen – hauptsächlich Mitglieder des Deutschen Bundestags –, die im konkreten Bedrohungsfall Maßnahmen zum Schutz von AktivistInnen einleiten bzw. von der Bundesregierung erbitten. So erhält der kolumbianische Menschenrechtler David Ravelo, der wegen eines Mordes, den er angeblich begangen haben soll, kürzlich zu einer langen Haftstrafe verurteilt wurde, die Unterstützung eines Bundestagsabgeordneten.

Der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen, eine von PBI maßgeblich auf ehrenamtlicher Basis geleistete Pionierarbeit, hat in den vergangenen 15 Jahren beträchtlich an Bedeutung in der internationalen Menschenrechtsarbeit gewonnen und beschäftigt sowohl Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als auch Regierungen. Seitdem hat die Arbeit der AktivistInnen zwar weltweit eine ungeheure Anerkennung erfahren, doch ihre Situation hat sich nicht substanziell

verbessert. Die Repressionsmethoden, die gegen sie eingesetzt werden, sind eher subtiler geworden. So werden zum Beispiel Trojaner in ihre Computersysteme eingeschleust statt ihre Räumlichkeiten zu überfallen oder man setzt sie strafrechtlicher Verfolgung aus.

In Mexiko geht die Bedrohung hingegen von der politischen Ebene aus. Seit einigen Jahren sind MenschenrechtsverteidigerInnen dort ausgerechnet dadurch in Bedrängnis geraten, dass die Regierung das organisierte Verbrechen bekämpfen will. Durch verschärfte Gesetze und eine Militarisierung einiger Regionen wurde die Zivilgesellschaft immer mehr ihrer Rechte beraubt. Für PBI besteht folglich die Aufgabe darin, die Zusammenhänge zwischen staatlicher Politik und Bedrohungen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen deutlich zu machen.

BEITRAG ZUM INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSSCHUTZ

Die verstärkte internationale Aufmerksamkeit hat PBI vor zahlreiche neue Herausforderungen gestellt. So entstand ein erhöhter Bedarf an Vernetzung mit anderen NGOs. In Deutschland ging PBI deshalb aktive Mitgliedschaften mit länderbezogenen Netzwerken (u. a. zu Kolumbien, Mexiko und Nepal) sowie mit dem bundesdeutschen Forum Menschenrechte ein. Eine zweite Herausforderung besteht in der Entwicklung einer Menschenrechtsexpertise, um sachgerecht mit existierenden internationalen Menschenrechtsstandards umgehen und sie strategisch einsetzen zu können. Beide Faktoren haben zu einer beträchtlichen Expansion des Advocacy-Bereichs sowie einer zunehmenden Professionalisierung bei PBI geführt, die dem traditionellen Ideal des ehrenamtlichen Engagements gegenüberstehen.

So wurde auf organisationsinterner Ebene vor einigen Jahren eine internationale Advocacy-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der VertreterInnen der Projekte und Ländergruppen zentrale Themenbereiche abstecken und gemeinsame Handlungsstrategien entwerfen.

Zurzeit wirbt die Advocacy-Arbeitsgruppe intensiv für den weltweiten Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen im Rahmen der international geführten Debatte über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen und beschäftigt



Schutzbegleitung in Nepal

sich auch mit den genderspezifischen Bedrohungen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen, die aufgrund ihres Engagements oft ihre traditionelle Geschlechterrolle verlassen und deshalb zusätzlich den Sanktionen ihres sozialen Umfelds ausgesetzt sind.

Die Entwicklung eines mehrjährigen Strategieplans steht allerdings noch aus und stellt eine Herausforderung für eine sehr dezentralisierte Organisation dar, die eine Balance zwischen raschem, reaktivem Handeln im Einzelfall und langfristig geplante strategischen Vorgehen erreichen möchte.

Die programmatische Natur der Advocacy bei PBI erschwert eine nachhaltige Finanzierung, da inzwischen auch im Menschenrechtsbereich die Anforderung der Geberseite, überschaubare und in sich abgeschlossene Projektbausteine vorzulegen, gestiegen ist. Auch ist die Wirkung der PBI'schen Advocacy schwer zu überprüfen, da viele Aktivitäten im Rahmen der Netzwerkarbeit stattfinden und es generell im Menschenrechtsbereich schwer möglich ist, eine einfache kausale Relation zwischen einer bestimmten Maßnahme und einem angestrebten Resultat festzustellen. Die Rolle unserer Organisation besteht weiterhin im „Da-Sein“ – als Fürsprecher für die Anliegen derjenigen, die wir in ihrer täglichen Arbeit begleiten und durch politische Vernetzung und Advocacy, damit die Schützenden besser geschützt werden.



Annette Fingscheidt Sozialanthropologin, Master of Peace, 1999 – 2001 mit PBI in Kolumbien im Einsatz, Tätigkeit in mehreren Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, seit Januar 2013 als Advocacy-Referentin bei PBI Deutschland tätig



Online mehr erreichen

Neben der eigenen Website bieten soziale Netzwerke den zivilgesellschaftlichen Organisationen vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme. Um die Plattformen effektiv zu nutzen, müssen Nichtregierungsorganisationen deren unterschiedliche Stärken, Reichweiten und Zielgruppen gezielt nutzen

YouTube-Videos etwa eignen sich hervorragend, um Menschen emotional zu erreichen. Organisationen können YouTube deshalb u. a. für Erklär-, Mobilisierungs- oder Dokumentationsvideos nutzen. Mit dem Mikroblog Twitter hingegen haben Organisationen die Möglichkeit, direkt PolitikerInnen zu erreichen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Zudem eignet sich Twitter zur Liveberichterstattung von Aktionen und Veranstaltungen. In Blogs können Standpunkte detailliert dargestellt und es kann auf andere Blogs Bezug genommen werden. So entstehen Diskussionen, die im besten Fall Einfluss auf die öffentliche Meinung und politische Positionen nehmen. Facebook schließlich kann die Mobilisierung zu einer Aktion ebenso wie die Verbreitung von Videos und Botschaften unterstützen.

Ein weiteres Tool, um Menschen im Netz zu mobilisieren, sind Online-Petitionen. Diverse Plattformen – wie Open Petition, Engaging Networks, Care2, Campact, Change.org, Avaaz – bieten derartige Mitmach- oder Do-it-yourself-Angebote an. Zudem kann jede Organisation eigene Petitionstools in ihre Seite einbauen.

So ist es leichter, öffentlichen Druck auf EntscheidungsträgerInnen auszuüben. Eine hohe Anzahl von UnterstützerInnen dient als Türöffner, um Unterschriften direkt dem Adressaten zu übergeben und bei dieser Gelegenheit die Forderungen in einem persönlichen Gespräch zu untermauern. Allerdings wird derzeit kontrovers diskutiert, ob der inflationäre Zuwachs an Online-Petitionen zivilgesellschaftliches Engagement schwächt und so zu sinnentleertem „Clicktivismus“ führt oder ob die Online-Petitionen eher eine Chance für niedrigschwellige Beteiligung und Mitbestimmung darstellen.

Dieser knappe Überblick der gängigsten Webtools im Rahmen der Kampagnenarbeit zeigt, dass Organisationen vor der Qual der Wahl stehen: Welche Tools sind am besten geeignet, um ihre Kampagnen- und Advocacyziele zu erreichen? Für welche sollen sie die normalerweise begrenzten Ressourcen einsetzen?

Bewährt hat sich, die Advocacy-Arbeit in mehreren Kanälen aufzubauen und diese Kanäle effektiv miteinander zu verknüpfen. Dabei ist eine integrierte Strategie, in der sich Online- und Offline-Elemente ergänzen, zentral.

„MAHLZEIT!“: EIN FALLBEISPIEL

Im Rahmen von Oxfams internationaler „Mahlzeit!“-Kampagne für Ernährungssicherheit hat sich Oxfam u. a. gegen Landraub/Landgrabbing stark gemacht und dabei erfolgreich die Weltbank bei ihrer Frühjahrssitzung in die Verantwortung genommen. Drei Elemente haben zum Erfolg der Kampagne beigetragen.¹

Erstens: Die Konkurrenz um Aufmerksamkeit ist groß. Umso wichtiger ist es, aufzufallen, um sich Gehör zu verschaffen. Oxfam hatte erfahren, dass sich das Thema Landgrabbing nicht auf der Agenda der Frühjahrssitzung befand, und forderte die Weltbank daraufhin auf, alle Geschäfte, bei denen es zu Landgrabbing kommen kann, einzustellen. Dazu wurde eine globale Online-Petition gestartet und u. a. über soziale Netzwerke verbreitet. Die Rockband Coldplay als „Oxfam-Botschafter“ widmete ein Video den von Landraub betroffenen Menschen und rief ihre Fans dazu auf, die Petition zu unterstützen. Die Weltbank reagierte auf eine Twitter-Nachricht von Coldplay zu dem Thema.

Zweitens: Ein zentrales Element für erfolgreiche Kampagnen ist eine „Insider-Outsider-Strategie“. Für Advocacy-Arbeit ist die Beziehungspflege mit MitarbeiterInnen in relevanten Institutionen unverzichtbar. Oxfam recherchiert zu wichtigen Themen, stellt in Studien Analysen der Fakten und Zahlen zur Verfügung und bietet konkrete Lösungsvorschläge an. Doch durch gute Argumente und fundierte Studien allein lassen sich EntscheidungsträgerInnen oft nicht überzeugen. Deshalb ist es unerlässlich, öffentlichen Druck aufzubauen – beispielsweise mittels Petitionen und Aktionen. Da Weltbankpräsident Jim Yong Kim nicht persönlich an einer Unterschriftenübergabe teilnehmen wollte, mieteten Oxfam-UnterstützerInnen kurzerhand einen Lieferwagen mit der Botschaft: „Landraub kostet Leben. Mehr als 50 000 Menschen haben bereits Stellung bezogen. Es wird Zeit, dass die Weltbank strengere Regeln gegen Landraub einführt.“ Während innen getagt wurde, umfuhr der Lieferwagen das Weltbankgebäude. Das blieb nicht unbemerkt.

Drittens: Es ist sinnvoll, sich nicht auf einen einzigen Ausgang der Kampagne zu versteifen, sondern im Gegenteil mit möglichst verschiedenen Szenarien zu planen. So bleibt man in der Kampagnenarbeit flexibel und agil – ohne das eigentliche Ziel aus den Augen zu verlieren. Die Weltbank

hat nicht alle ihre Landgeschäfte eingestellt. Dennoch hat sich ihr Präsident öffentlich dazu bekannt, dass Landraub ein Problem ist und die Weltbank dieses angehen muss. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt gilt es, dranzubleiben.

NGOS WERDEN ZU INHALTSPRODUZENTEN

Abgesehen von den neuen Werkzeugen, die das Web bietet, spielt ein weiterer Trend eine wichtige Rolle für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), auch im Kampagnen- und Advocacy-Kontext. Die klassische Medienlandschaft ist im Wandel. Das betrifft auch die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Presse. Während früher die Medien eine Art Türsteherfunktion innehatten und darüber entschieden, welche Informationen und Geschichten an die Öffentlichkeit gelangten, kann heute theoretisch jede/r Inhalte produzieren und verbreiten. Wie etwa die jüngsten politischen Ereignisse in der arabischen Welt sowie in der Türkei zeigen, werden Fotos und Videos oft zunächst über Twitter, Facebook oder Youtube verbreitet und erst im Nachgang von den klassischen Medien aufgegriffen. Für die Kampagnen- und Advocacy-Arbeit bedeutet das u. a., dass auch kleine zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen verstärkt selbst zu Inhaltsproduzenten werden. Es ist wichtig, dass sie sich als solche verstehen. Um das Potenzial voll auszuschöpfen, müssen sie jedoch intern entsprechend aufgestellt sein: dazu gehören eine Webredaktion und eine Contentstrategie². Nicht jede Organisation kann sich das leisten. Im digitalen Zeitalter zahlt es sich jedoch aus.

DIE GRENZEN DER MITBESTIMMUNG VERLAGERN

Eine gute Kampagnenplanung ist im digitalen Zeitalter unerlässlich. Organisationen müssen aus der Fülle der Werkzeuge die für sie richtigen und erfolgversprechenden herausuchen und ihre Kampagnen entsprechend anpassen, um Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Die gegenwärtigen politischen Entwicklungen verdeutlichen, dass das Web eine disruptive Qualität³ haben kann, die Demokratisierungspotenzial birgt. Gleichzeitig wachsen jedoch auch die Möglichkeiten der Kontrolle und Überwachung seitens staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. Zudem schafft die digitale Revolution neue Eliten. Zur Elite gehören diejenigen, die Tools vertreiben (z. B. Google, Facebook und Co.) sowie diejenigen, die wissen, wie man die Tools beherrscht und für die eigenen Zwecke nutzt (u. a. Agenturen, AktivistInnen, ProgrammiererInnen usw.). Somit spielen Bildung und die Verfügbarkeit von Ressourcen eine entscheidende Rolle. Bei allem Potenzial zur Demokratisierung verlagert das Web nur die Grenzen der Mitbestimmung.

¹ Ausführlichere Analyse nachzulesen im Blogbeitrag von Hannah Stoddart, Referentin für Wirtschaftsthemen bei Oxfam Großbritannien: <http://www.oxfamblogs.org/tp2p/?p=14759>

² Keynote von Elisabeth McGaune auf der re:campaign 2012 „Content for Change“: <http://vimeo.com/42038338> sowie Vortrag von Brigitte Alice Radl auf der re:campaign 2013 „Content Strategy für NGOs“: <https://soundcloud.com/oxfam/brigitte-alice-radl-content-strategy-fuer-ngos?in=oxfam/sets/recampaign-2013>

³ Keynote von Ben Scott auf der re:campaign 2013, „Political Advocacy and the Internet“: <http://de.scribd.com/doc/139702471/rc13-Keynote-Ben-Scott>



Judith Orland arbeitet seit 2008 für Oxfam Deutschland und ist dort u. a. für Online Campaigning und Social Media zuständig. Zuvor arbeitete sie im Ausland für internationale Menschenrechtsorganisationen. 1996 schloss sie ihr Studium der Law and Social Anthropology an der School of Oriental and African Studies der London University mit einem Master of Law ab



„2020 wollen wir eine Milliarde Menschen

Mit diesem Ziel gründeten Bankiers die Global Alliance for Banking on Values (GABV).

EINE ANALYSE ZEIGT: ES KÖNNTE GELINGEN

2009 traf sich eine Gruppe von Bank-Vorstandsvorsitzenden in den Niederlanden und gründete die Global Alliance for Banking on Values (GABV). Die Alliance ist heute ein Netzwerk von 25 Banken, die als gemeinsames Ziel verbindet, Finanzierung als Instrument zur Transformation von sozialen und ökologischen Problemen zu verwenden. So investieren die Triodos Bank und die GLS Bank in Europa ausschließlich in soziale und ökologische Projekte. Ihre KundenInnen wissen, wohin ihr Geld fließt und welche Projekte sie durch ihre Einlage unterstützen. Beiden Banken legen strenge Kriterien an. Dabei ist Profitabilität nur eines von vielen. Die Hauptfrage ist, ob das Projekt positiv zur Entwicklung der Gesellschaft beiträgt. Hier verändern sich die Kriterien ständig. So hätte die Triodos Bank beispielsweise vor ein paar Jahren Glashäuser finanziert, die nachhaltige Energie verwenden, heute erwarten sie, dass Glashäuser einen positiven Energieüberschuss produzieren.

Neben diesen sich verändernden Kreditkriterien ist die Transparenz der Investitionen für die KundInnen zentral. Die Triodos und die GLS Bank veröffentlichen sämtliche Kredite, im Falle der Triodos Bank als interaktive Website. Infolge dieser Transparenz beginnen sich KundInnen lokal zu vernetzen.

Brac Bank in Bangladesch begann 2001 und beschäftigt heute fast 7000 MitarbeiterInnen. Die Bank hat in ihrer Verfassung festgeschrieben, dass 51 Prozent aller Kredite an kleine und mittlere Unternehmen vergeben werden müssen. Warum? Weil es für Banken kosteneffektiver ist, einen Großkredit an ein etabliertes Unternehmen zu vergeben, als mit hohem Aufwand kleinen Unternehmen, die in Bangladesch häufig noch nicht einmal ein Konto haben, einen Kredit zu vermitteln. Damit wird ein strukturelles Problem des Bankwesens sichtbar. Je mehr Banken ihre Produkte standardisieren, desto geringer sind ihre operativen Kosten. Eine Kreditvergabe von 100 Millionen braucht weniger Arbeitszeit als 100 mal eine Million. Damit hat eine Bank einen strukturellen Anreiz sich aus dem spezifischen Kontext der Investition zu entfernen. Die GABV hat dieses Problem erkannt und stellt die soziale und ökologische Ausrichtung in das Zentrum ihres Geschäftsmodells.

Die Banken der GABV haben die Finanzkrise von 2007/08 ohne Verluste überstanden. Der Grund dafür liegt darin, dass sie in die Realökonomie investieren, den Kontext ihrer Finanzierungen gut kennen, spekulative Investitionen ausschließen – und die Auswirkung ihrer Finanzierungen auf die Gesellschaft als Ganzes in ihre Kreditvergabe mit einschließen. Obwohl die GABV den wichtigsten Teil ihrer Arbeit in der Finanzierung von nachhaltigen Projekten sieht, ist eines der wesentlichen Gründungsziele der Alliance, die verschiedenen lokalen Banken zu einer globalen Stimme zu vereinen und damit in der durch große Spieler dominierten Finanzwelt die Diskussion zu beeinflussen.

Dr. Katrin Käufer Research Fellow MIT Community Innovator Lab, Research Director Presencing Institute Cambridge, MA., USA

Geldströme lenken: Wege und Werkzeuge

WERTE

Die nachhaltigen Bankiers gehen davon aus, dass sie die Lebensqualität jedes einzelnen Menschen verbessern müssen, besonders aufgrund der Verantwortung für kommende Generationen. ②

INTENTION

Es sollte ein Führungskräfte-Netzwerk etabliert werden, in dem die Vorstandsvorsitzenden der Banken zusammenkommen und diskutieren, was sie mit ihrer Bank erreichen wollen, welche Ziele sie haben und was sie gemeinsam bewirken können. Zusammen entwickelten sie eine Strategie zur Umsetzung ihrer Vision, indem sie die Kernkompetenzen der Mitgliederbanken herausarbeiteten – die Vorbildfunktion, die sie erfüllen und die Wirkung, die sie erzielen. ②

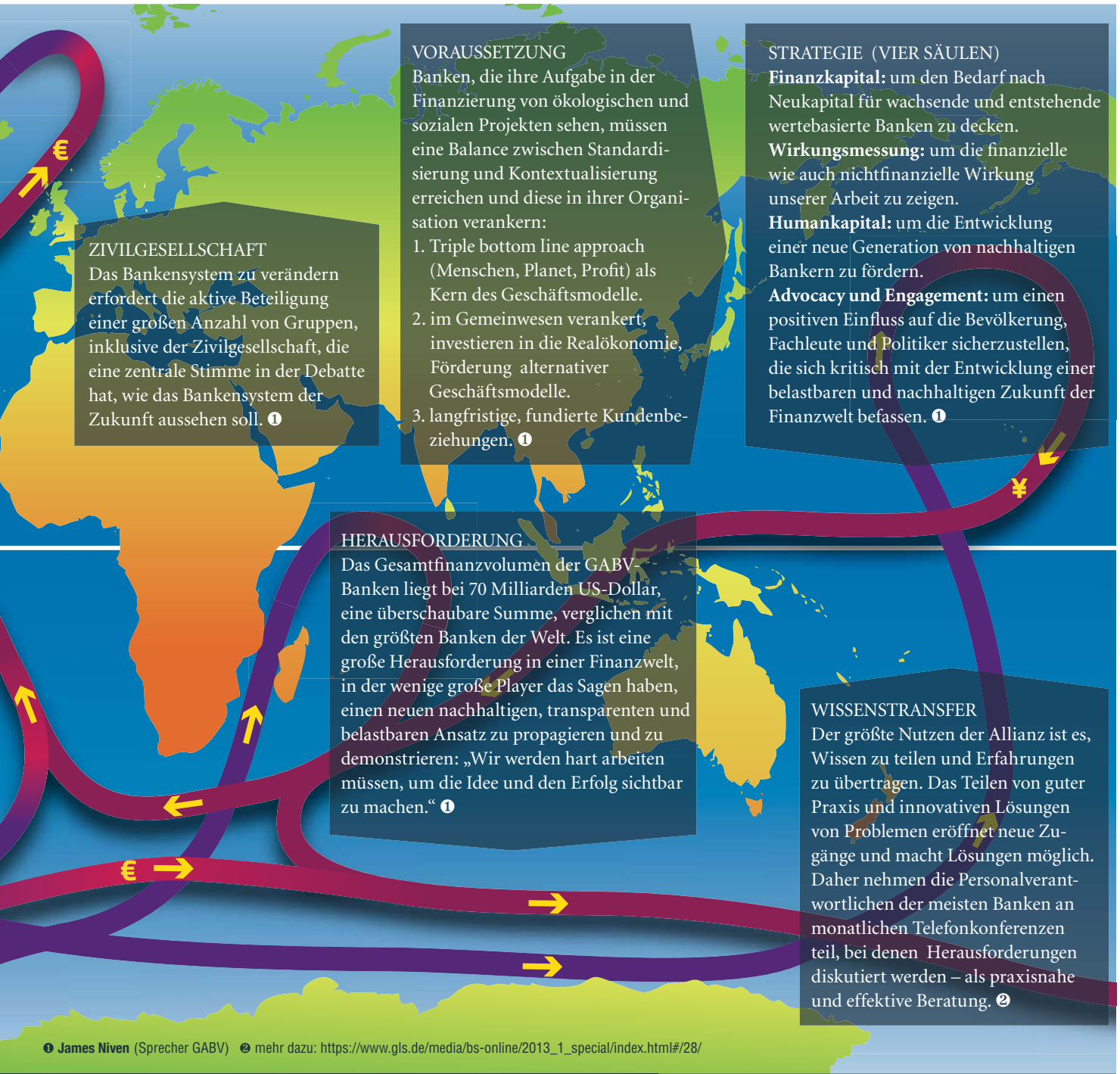
VERNETZUNG

Mitarbeiter arbeiten zeitweise in anderen Mitgliedsbanken. So ging ein Angestellter der GLS Bank Deutschland für viele Wochen zu Vancity und zu Assiniboine in Kanada. Regionalmeetings für Geschäftsführer und andere Führungskräfte werden organisiert. Auf einer gerade stattgefundenen Europakonferenz entstand eine Resolution zum Europa-Grünbuch zu langfristiger Finanzierung. ①



mit nachhaltigem Banking erreichen“

Sie wurden weltweit zu Anwälten für ein wertebasiertes Finanzsystem



Vertraulicher Dialog

Das Internationale Rote Kreuz ist vor allem als Hilfsorganisation in Krisenfällen bekannt. Doch die Mitarbeiter der Genfer Zentrale sind auch Anwälte für humanitäres Recht. Ihre Advocacy verbindet die Arbeit mit Konfliktparteien mit Verhandlungen auf internationaler politischer Ebene



Wenn Kriege bereits begonnen haben, wird das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) besonders stark öffentlich wahrgenommen, sobald Nahrungsmittel geliefert und medizinische Hilfe bereitgestellt werden. Doch das IKRK hat auch die Aufgabe, präventiv tätig zu sein: Es hilft den Staaten und ihren Armeen sowie nichtstaatlichen, bewaffneten Gruppen, das humanitäre Völkerrecht richtig anzuwenden, die Kombattanten entsprechend auszubilden und widerrechtliches Handeln zu sanktionieren. Dabei steht im Vordergrund, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht von vornherein zu vermeiden. Das IKRK setzt direkt bei Konfliktparteien sowie auf internationaler politischer Ebene an.

Um sicherzustellen, dass das internationale humanitäre Recht zeitgemäß bleibt und aktuelle Technologien der Kriegsführung und Waffentechnik berücksichtigt, arbeitet das IKRK bei Konferenzen zu Themen des humanitären Rechts an Resolutionen und Richtlinien mit und entwickelt so das internationale humanitäre Recht weiter. Beispielsweise wurde das Instrument des internationalen humanitären Gewohnheitsrechts (customary international humanitarian law) entwickelt, in dem mehr als 150 Grundsätze als allgemein gültig anerkannt sind, auch wenn sie nicht Bestandteil eines internationalen Abkommens sind. Diese Arbeit zu Themen des Rechts orientiert sich stark an den vom IKRK vor Ort festgestellten humanitären Problemen: konkrete Erfahrungen in Konfliktgebieten führen die Advocacy-Arbeit zum internationalen Recht, welches dann wiederum den Opfern von Konflikten zusätzlichen Schutz verschafft.

Eine weitere Aufgabe der Advocacy besteht darin, dass ein Thema überhaupt von der Staaten-



Durum, Sudan, Kämpfer der SLA (Sudan Liberation Army)

gemeinschaft diskutiert wird und zum Beispiel bei der UNO-Vollversammlung auf die Agenda kommt. Einzelne Staaten werden dabei mobilisiert, sich besonders für die Verabschiedung von Resolutionen und den Beitritt zu bestehenden Abkommen einzusetzen.

In der Arbeit vor Ort richten sich die Aktivitäten auf die politischen Behörden, Streitkräfte, andere potenzielle Konfliktparteien z. B. Rebellengruppen, wie Medienunternehmen, Schulen, Universitäten, zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen. Ziel dabei ist, die körperliche Unversehrtheit und die Würde aller Menschen, die nicht oder nicht mehr am bewaffneten Konflikt teilnehmen, zu gewährleisten. So werden die Konfliktparteien daran erinnert, dass humanitäre Hilfe schnell und ungehindert zu den Empfängern gelangen muss und von den kämpfenden Parteien nicht mehr als unbedingt nötig behindert werden darf.

Bei der Arbeit zum Schutz der Zivilbevölkerung und anderer, nicht oder nicht mehr am bewaffneten Konflikt Teilnehmender gelten grundlegende Prinzipien, die zu Leitlinien des Handelns werden. Die wichtigsten Prinzipien sind Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Ein solcher Ansatz hilft



Instrumentalisierung zu vermeiden und erleichtert oft den Zugang in sensible Bereiche. Durch seine Neutralität und Unabhängigkeit ist das IKRK in der Lage als Vermittler von allen Seiten anerkannt zu werden und seine guten Dienste

RELEVANTE WERKZEUGE FÜR ADVOCACY

- **Überredung (Persuasion):** vertrauliche Kommunikation mit einer Konfliktpartei, die darauf abzielt, sie zu überzeugen, das humanitäre Völkerrecht und/oder andere grundlegende Regeln zum Schutz von unbeteiligten Personen bei bewaffneten Konflikten zu achten und anzuwenden. Dies ist die häufigste Form der Advocacy. Strategisch setzen die Mitarbeiter dabei zunächst auf der direkt verantwortlichen Ebene an; dies können je nach Kontext mittlere militärische Befehlsgeber oder mittlere Verantwortliche von Ministerien oder Behörden sein. Führt die Intervention nicht zu einem Ergebnis, werden höhere Ebenen angesprochen. Mit bewaffneten Oppositionsgruppen wird ähnlich verfahren. Bei Gesprächen und in ihrer Korrespondenz tragen die Mitarbeiter den Sachverhalt vor, erläutern soweit nötig den Rahmen des internationalen Völkerrechts und weisen auf die humanitären Konsequenzen hin, die sich aus einem Verstoß ergeben. Dabei wird der größtmögliche Schutz der Zivilbevölkerung oder anderer nicht am Konflikt Beteiligter verhandelt, ohne grundsätzlich das militärische Ziel der Konfliktpartei in Frage zu stellen.
- **Unterstützung (Support):** Die Aktivitäten helfen einer Konfliktpartei, ihrer Verantwortung nach dem internationalen humanitären Recht nachzukommen – beispielsweise durch Seminare für Angehörige der Streitkräfte, in der die Maßgaben des internationalen humanitären Rechts vermittelt werden.
- **Mobilisierung (Mobilisation):** Zielt darauf ab, durch Einschaltung Dritter das Verhalten oder die Handlungen einer Konfliktpartei zu beeinflussen, um Verstöße gegen das internationale humanitäre Recht zu vermeiden oder zu unterbinden oder um Zugang zu Menschen zu erlangen, die Hilfe benötigen. Dabei werden Personen oder Institutionen ins Vertrauen gezogen, die auf eine Konfliktpartei positiven Einfluss im Sinne des internationalen humanitären Rechts ausüben können.
- **Substitution (Substitution):** Aktivitäten, die eigentlich Aufgaben des Staats oder einer Konfliktpartei sind, aber von ihr nicht geleistet werden können, können vom IKRK übernommen werden. Dies kann z. B. die medizinische Nothilfe für Verletzte sein, die die verantwortlichen Behörden effektiv nicht leisten können.
- **Denunzierung (Denunciation):** Auf den öffentlichen Appell wird vom IKRK nur in Ausnahmefällen und nach strengen internen Regeln zurückgegriffen. In solch einem Extremfall wird eine öffentliche Erklärung zur Verletzung des humanitären Völkerrechts oder anderer grundlegender Regeln durch bestimmte Akteure verfasst und fordert diese auf, die Verstöße zu stoppen.
- **Öffentliche Kommunikation (Communication):** Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist dabei ein maßgebliches Advocacy-Instrument des IKRK. Ein Hauptziel dabei ist es, für bessere Akzeptanz des IKRK, seiner Arbeit und des humanitären Völkerrechts zu werben. Dies geschieht sowohl vor Ort in Konfliktgebieten als auch auf globaler Ebene. Verschiedene Instrumente finden ihre Verwendung, vom direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern und Meinungsmachern bis zur Webseite in sieben Sprachen und der Präsenz auf Facebook und Twitter.

über die Frontlinien hinweg anzubieten.

Ein wesentliches Werkzeug und die bevorzugte Arbeitsmethode, um den Prinzipien Geltung zu verschaffen, ist der vertrauliche Dialog: Dialog mit Betroffenen, mit Behörden, mit denen, die möglicherweise das internationale humanitäre Recht verletzt haben, und mit denjenigen, die das Schicksal der schutzbedürftigen Bevölkerung im Konfliktgebiet beeinflussen können. Dialog ist dabei ein strategisches Mittel, nicht das Ziel an sich. Dieses Vorgehen erleichtert oft den wiederholten Zugang zu den Opfern und Hilfsbedürftigen und wird dadurch unterstützt, dass Mitarbeiter der Organisation nicht verpflichtet sind, vor einem Gericht auszusagen.

Allerdings ist die Vertraulichkeit des Dialogs mit Konfliktparteien und anderen Akteuren nicht ohne Grenzen: Sie ist abhängig von der Bereitschaft der Konfliktparteien, die Forderungen des IKRK zu berücksichtigen. Die Legitimation von Vertraulichkeit hängt also von der Qualität des Dialogs mit Konfliktparteien und anderen Akteuren und von der humanitären Wirkung des bilateralen, vertraulichen Engagements ab. Das IKRK behält sich das Recht vor, auf andere Maßnahmen zurückzugreifen, die im sehr seltenen Extremfall bis zur öffentlichen Denunziation reichen können, sollte der vertrauliche Dialog nicht die gewünschte Wirkung zeigen.

Das IKRK hat im Laufe seiner jahrzehntelangen Advocacy-Erfahrung mehr als einmal festgestellt, dass die Leitprinzipien der Organisation zwar oft helfen, ihren Zielen näher zu kommen und die Bedingungen für die von einem Konflikt Betroffenen zu verbessern. Allerdings ist es auch häufig so, dass nicht alle Ziele vollumfänglich erreicht werden; manchmal gibt es Situationen, in denen alle Strategien nicht zum gewünschten Ziel führen und letztlich nur wenig ausrichten können.

In jedem Fall es notwendig, dass sich die Adressaten und Dialogpartner des IKRK ganz darauf verlassen können, dass die Leitprinzipien wie die Vertraulichkeit so gut wie immer und überall gelten, bis auf die oben erklärten Ausnahmen.

Das Profil des Personals ist für die Erreichung der Ziele sehr wichtig. Heute sind Menschen aus allen Ländern der Welt beim IKRK beschäftigt, wobei die sensiblen Aktivitäten in aller





Regel von Mitarbeitern durchgeführt werden, die von allen beteiligten Konfliktparteien als neutral und vertrauenswürdig betrachtet werden. Die Auswahl unter verschiedenen Nationalitäten und Religionszugehörigkeiten kann dabei je nach Kontext eine wichtige Rolle spielen.

Als humanitäre Diplomaten stehen die Mitarbeiter vor der Aufgabe, immer wieder neu die Balance zu finden: Sie müssen auf die Konfliktparteien eingehen und ihnen gleichzeitig klare Grenzen setzen, wenn humanitäres Recht berührt ist.

Eine der neuen Herausforderungen dabei ist der zunehmende Einfluss von privaten Unternehmen in Bereichen, in denen bis vor Kurzem noch staatliche Akteure vorrangig aufgestellt waren, beispielsweise den privaten Sicherheitsfirmen, die oft ergänzend zu oder stellvertretend für staatliche Streitkräfte an Konflikten teilnehmen.

Die Anwälte für das humanitäre Völkerrecht des IKRK müssen sich das Vertrauen auf der ganzen Welt immer wieder neu durch Neutralität und Vertraulichkeit erarbeiten – durch Advocacy vor Ort, die mit internationalen rechtlichen Rahmenbedingungen verknüpft wird.

Hintergrund

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat die Aufgabe, bei bewaffneten Konflikten die Einhaltung des internationalen humanitären Rechts (auch: humanitäres Völkerrecht) zu prüfen, Berichte über Verstöße an die verantwortliche Partei weiterzuleiten und auf das Unterbleiben weiterer Verstöße zu drängen. Kern des internationalen humanitären Rechts sind die vier Genfer Konventionen von 1949, ihre zwei Zusatzprotokolle von 1977 und ihr drittes Zusatzprotokoll von 2005.

Das IKRK ist das einzige explizit in den Genfer Konventionen benannte Organ, das ihre Einhaltung kontrollieren kann.



Nicolai Panke ist seit 2000 Delegierter beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Zurzeit arbeitet er als stv. Leiter der Operationen im östlichen Afrika am Hauptsitz der Organisation in Genf

Vor
Ort



ZFD-Projekt

Anwältinnen für den Frieden

Senegal: Usoforal
Partner des Weltfriedensdienst

Zwischen Basis und UN-Resolution: Das Projekt Usoforal im Süden Senegals setzt sich für die Rechte von Frauen ein, indem es soziale, wirtschaftliche und politische Aktionen miteinander verbindet

Wie können Frauen stärker am öffentlichen Leben teilhaben und sich besser in die Prozesse der Friedensbildung einbringen? Das regionale Solidaritätskomitee der Frauen für den Frieden in der Casamance wurde 1999 gegründet, um zum nachhaltigen Frieden im Süden Senegals beizutragen. Der Weg dahin wird durch den Kurznamen der Organisation deutlich. „Usoforal“ heißt in der Diola-Sprache: „Vereinigen wir uns!“ Seit 2003 ist der WFD strategischer Partner Usoforals und begleitet die Projektarbeit personell und finanziell.

Seit 1982 leidet die Bevölkerung der Casamance unter dem bewaffneten Konflikt zwischen der Regierung und der Unabhängigkeitsbewegung MFDC (Mouvement des forces démocratiques de Casamance).

Usoforal trägt unter anderem durch Fortbildungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Friedens- und Versöhnungsprozess in der Region bei. Hierzu gehören Seminare zu Gewaltfreier Kommunikation, die Schaffung von Friedensgremien, die Netzwerkbildung von Frauenorganisationen sowie Dialoge mit den Konfliktparteien. Integrative wirtschaftliche Projekte, die die Bevölkerung auf gemeinsame Ziele ausrichten und dabei die zerrissenen sozialen Bindungen wieder zusammenweben, sind ein weiterer Bestandteil der Aktivitäten.

Der Erfolg Usoforals auf individueller sowie auf der Mesoebene macht deutlich, dass Arbeit für den Frieden über die Land-Kommunen hinaus wachsen muss, um auch gemeinsam mit den Hauptakteuren mehr Einfluss auf die Lösung des Konflikts auszuüben.

2010 beteiligte sich Usoforal daher maßgeblich an der Erstellung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Resolution 1325. Die einstimmig vom UN-Sicherheitsrat angenommene Resolution fordert Konfliktparteien dazu auf, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. Im Senegal sorgte Usoforal für die Umsetzung der verschiedenen Artikel der Resolution. Dabei wurde deutlich, wie wichtig es für die Advocacyarbeit ist, die Stimmen der Frauen der Casamance in der Friedensarbeit zu vereinen und dadurch eine breite Basis zu schaffen.

Im September 2010 gründeten Usoforal und die Frauenorganisation Kabontoor daraufhin ein Netzwerk, die „Plateforme des femmes pour la paix en Ca-

samance“ (Netzwerk der Frauen für den Frieden in der Casamance), die alle Frauenorganisationen, die sich für den Friedensprozess engagieren, vereint. Sie besteht zur Zeit aus ca. 170 Organisationen. Aufgabe der Plattform PFPC ist es, die Energie, Kompetenz und Expertise all ihrer Mitglieder zu vereinen, um konkrete und tragfähige Lösungen zur Beendigung des senegalesischen Konfliktes zu finden und sie wirkungsvoll zu kommunizieren. Die drei wesentlichen Ziele sind:

- Förderung des Dialogs zwischen Staat und MFDC für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel eines nachhaltigen Friedens in der Casamance,
- Beendigung der Gewalt der bewaffneten Akteure gegen die Zivilbevölkerung,
- Stärkung der organisatorischen und institutionellen Fähigkeiten der Mitglieder, um die PFPC zu einem dynamischen Akteur der Zivilgesellschaft zu machen und die Beteiligung von Frauen am Friedensprozess zu sichern.

Ihr Mandat erhält die Plattform dadurch, dass ihre Mitglieder Mütter und Schwestern der Opfer und Kombattanten sind. Damit gehören sie zu denjenigen, die am meisten unter dem Konflikt leiden und ihn so bald wie möglich beenden wollen. Aus dieser Motivation heraus können sie sich einerseits auf die UN-Resolution 1325 beziehen und andererseits die traditionelle Rolle der Frau in der Kultur der Diola als Mediatorin wieder einnehmen.

ANFANGSERFOLGE

Der erste Meilenstein des Netzwerks war die Nacht der Gebete, zu der 5000 Frauen unabhängig von Religion, ethnischer und politischer Zugehörigkeit kamen. Am darauffolgenden Morgen versammelten sie sich zu einem Fußmarsch, um dem Gouverneur der Region Ziguinchor öffentlichkeitswirksam ihre Forderungen an Staat und MFDC zu übergeben.

Ende 2011 ermöglichte Usforal die Teilnahme der Frauen der PFPC am Weltsozialforum in Dakar. Seynabou Male-Cissé, Koordinatorin von Usforal und gleichzeitig Präsidentin der Dialogkommission der PFPC, brachte den Casamance-Konflikt und seine Konsequenzen für die Bevölkerung auf einer Pressekonferenz und in mehrere Diskussionsforen ein. So war es möglich,

die internationale Aufmerksamkeit auf einen Konflikt zu lenken, der selbst auf dem afrikanischen Kontinent – trotz seiner Brisanz – weitgehend ignoriert wird.

Innerhalb kürzester Zeit schaffte es die PFPC, ein unverzichtbarer Akteur auf dem Weg zum Frieden in dem 30 Jahre andauernden Konflikt zu werden.

Nationale Bekanntheit erlangte die Plattform besonders während des Präsidentschaftswahlkampfes, indem sie die Kandidaten aufforderte, ein Manifest zu unterschreiben, das sie verpflichtete, den Bürgerkrieg im Falle ihrer Wahl als oberste Staatspriorität zu behandeln.

Der damalige Premierminister bezeichnete das Manifest als Lüge und weigerte sich, es dem ehemaligen Präsidenten Wade zu übergeben. Die PFPC ging mit dieser Information an die Presse. Das Manifest, das über die Gräueltaten des Konflikts berichtet und die Forderungen der Frauen enthält, war daraufhin überall zu lesen. Von den 14 Wahlkandidaten unterschrieben neun das Manifest. Vier weitere, die nicht nach Ziguinchor kamen, bezeugten per Anruf oder E-Mail ihre Zustimmung. Den Frauen der PFPC war ein überraschender Schachzug gelungen: Fortan war der Casamance-Konflikt, der im restlichen Senegal oft vergessen wird, Teil aller Wahlkampagnen.

Die Frauen nutzten diese Aufmerksamkeit, indem sie vor der zweiten Wahlrunde mit großer Medienwirkung und unter Beteiligung von 1000 Frauen ein öffentliches Interview mit dem ehemaligen Präsidenten Abdoulaye Wade und dem jetzigen Amtsinhaber Macky Sall organisierten. Sie konfrontierten beide mit ihren Forderungen nach inklusiven Verhandlungen unter Einbeziehung der Nachbarländer, der Zivilgesellschaft und vor allem der Frauenorganisationen sowie der Betreuung der Opfer und einem generellen Ende der Gewalt.

DIE MÜHEN DER EBENE

Nun reichen ein Mandat und erfolgreiche Mobilisierung nicht, um nachhaltig auf höchster Ebene zu intervenieren. Damit aus Plädoyers konkrete Politik wird, bedarf es strategischer Aktionspläne für eine langfristige Advocacy.



Demonstration in der Casamance





Voraussetzungen dafür sind:

- eine regelmäßige Konfliktanalyse,
- ein gutes Kommunikationssystem,
- die Nutzung der Potenziale der Mitglieder,
- konkret ausgearbeitete Vorschläge zur Unterstützung der Friedensverhandlungen,
- regelmäßige Treffen und Austausch mit der Basis.

Eine Herausforderung ist es, dass Usoforal und Kabonketoor als einzige Mitgliedsorganisationen aus dem Peace-Building-Bereich kommen. Den anderen fehlt in dieser Hinsicht das Know-how, auch verfügen die wenigsten über Kenntnisse im Projektmanagement.

Die Dachorganisation PFPC kämpft zudem seit ihrem Bestehen immer wieder um ihr finanzielles Überleben. Das erschwert eine langfristige Bindung von gut ausgebildetem Personal und eine vorausschauende Planung. Gleichzeitig wird sie von diversen externen Organisationen oder Geldgebern hofiert, die gerne von ihrem Ruf profitieren möchten. Damit gerät die Plattform in Gefahr, auf Kosten ihrer Basisarbeit und ihres Mandats in die Konferenzkultur eingebunden zu werden und als Konkurrent der sie tragenden lokalen Organisationen aufzutreten.

Die Gründungsorganisation Usoforal befindet sich damit in einem Dilemma: Sie hat als Fach-Nichtregierungsorganisation ihre Sichtbarkeit und die Pflege politischer Kontakte bewusst an die Plattform abgegeben und versucht seitdem, ihre Erfahrung mit Advocacy und transparenter Basisarbeit in deren Gremien einzubringen. Auf Grund der institutionellen Schwäche der Plattform erscheint das bitter nötig. Dabei wird Usoforal jedoch von anderen größeren Mitgliedsorganisationen als dominant wahrgenommen,

während sich die Koordination der Plattform primär um Geberkontakte bemüht. Die Dorfebene kann sich in solche Diskussionen nicht einbringen. An der Spitze der Plattform treffen sich meist studierte Frauen, die langjährige Erfahrung in der Friedensarbeit haben und es gewohnt sind, für die Durchsetzung ihrer Ziele zu kämpfen, strategisch zu arbeiten und sich Gehör zu verschaffen. Daneben stehen die „Frauen an der Basis“, die nicht regelmäßig an den Treffen teilnehmen können, nicht selten zu den Anderen aufblicken und die sich hauptsächlich eine Stärkung und die Anerkennung ihrer Organisationen wünschen, die aber als „ruhigere Mitglieder“ Gefahr laufen, überhört zu werden.

Der Ansatz Usoforals, sich auf Grundlage respektvoller Arbeitsbeziehungen mit Landfrauen für deren Interessen einzusetzen, sollte durch die Plattform zusätzliche Legitimität erhalten. Zahlmäßig ist dies gelungen; die Plattform kann kurzfristig Tausende Frauen mobilisieren. Der Austausch auf Augenhöhe zwischen politischen Avantgardistinnen und den Frauen vom Dorf vollzieht sich aber eher in exemplarischen Arbeitszusammenhängen Usoforals.

Usoforal hat die Konsequenz für sich gezogen. Es wird weiterhin die PFPC, die sich für die Frauen der Casamance stark macht, unterstützen und fördert deren Organisationsentwicklung. Entscheidungsbereiche sollen dabei klar definiert werden, die PFPC soll anstelle von Projektarbeit ihre Rolle als Dachverband wieder in den Vordergrund rücken sowie nach innen und außen transparent arbeiten. Weiterhin sollen auch die Frauen an der Basis fortgebildet werden, um ihrer Aufgabe als Friedensakteurinnen nachgehen zu können. Parallel dazu wird aber Usoforal mit seinem Detailwissen um die Lebensbedingungen der Landfrauen wieder im eigenen Namen auf der Makroebene aktiver werden. Usoforal wird mit Unterstützung des WFD an der Herstellung eines Dokuments arbeiten, das die Position der Frauen für die zukünftigen Friedensverhandlungen weiter ausbuchstabiert.

Der MFDC bezeichnet die Frauen in ihrer Rolle in Konflikten in der Gemeinde als Feuerwehr oder Rotes Kreuz, aber die Frauen des Senegals wollen mehr als die Notintervention: Sie wollen aktiv am Friedensprozess teilnehmen und fordern, dass ihre Belange dabei berücksichtigt werden. Ende Juni 2012 nutzte der neue Präsident Macky Sall eine Ministerkonferenz in Ziguinchor, um der PFPC eine Audienz zu geben. Unter den Augen der Öffentlichkeit übergab er ihren Vertreterinnen eine Fackel als Symbol für den Frieden in der Casamance. Sie steht auch dafür, dass sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen.



Cathy Kopp: Sozialpädagogin, Mediatorin arbeitet seit Ende 2011 als Friedensfachkraft für den WFD in dem Projekt USOFORAL



Ausblick

Globalisierung positiv nutzen

Friedensarbeiter, die sich als Anwälte für andere einsetzen, erreichen ihre Ziele heute durch eine neue Balance. Sie nutzen ihr tiefes Verständnis für die Situation vor Ort und brauchen gleichzeitig die Fähigkeit, das komplexe Feld zu lesen, in dem sie arbeiten. So können sie ihr Mikro- und Makrowissen an Entscheidungsträger weitergeben.

Entscheidend dafür ist die Bereitschaft, sich zu vernetzen, anderen im Dialog zu begegnen, und zwar über die eigenen Handlungsfelder hinaus. Advocacy braucht ein Gegenüber, auch wenn es unbequem ist. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft – in allen Feldern, die auf den Frieden einwirken, gibt es Verbündete.

Die Kunst, Einfluss zu nehmen, basiert auf dem Vermögen, durch Allianzen mit anderen Akteuren Zugang zu den Knotenpunkten von Politik und Wirtschaft zu bekommen, „windows of opportunities“ zu erkennen und zu nutzen. Dazu braucht Friedensarbeit neue Strukturen, durch die Themen langfristig bearbeitet, mit Entscheidungsträgern kommuniziert und gezielt in die Öffentlichkeit gebracht werden können.

Mit dieser Ausrichtung kann Advocacy die Globalisierung positiv nutzen. Alles ist verbunden – und die Zivilgesellschaft kann daraus neue Stärken ziehen und größere Wirkung erzielen.

Das Ziel ist klar: Gerechtigkeit. Orientierung auf dem Weg dahin entsteht durch professionelle Werkzeuge und strategische Planung, die aufzeigt: Was kann Friedensarbeit leisten? Was braucht es, um die Visionen umzusetzen? Es geht darum, die eigenen Grenzen zu erkennen und darüber hinaus zu gehen – durch Partnerschaften, die dauerhaft eingerichtet werden.

Gerechtigkeit entsteht nicht von alleine. Advocacy heißt für Friedensarbeiter: Groß denken und konkret handeln – gemeinsam.

Doerthe Beer Projektleiterin WFD Kompass, Beraterin beim WFD für den Zivilen Friedensdienst – Wirkungsorientierung und Wissensmanagement
Joachim C. Wehnelt Heftkonzeption, Kreativ-Trainer SiebenSinne.net



Afar-Nomaden in Äthiopien filtern Trinkwasser aus der Erde

Wirkung

BEWUSST SEIN

ICH

Vernetzung

GESELLSCHAFT

ZIVILCOURAGE

EINFLUSSNAHME

INTENTION

Erfahrungen

EUROPA

WIRTSCHAFT

MOTIVATION

Allianzen

POLITIK

NGOs

Strategien

Wege zur Gerechtigkeit



ANWALTSCHAFT

Professionalisierung

AR

VERANTWORTUNG

REICHTUM

AFRIKA